INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 3 DM

2,50 DM



Lesen Sie bei uns, wo's im nächsten Jahr kracht.

Nr. 467

14. Januar 1999

2 - 4 Vorwort
5 Rosa: Zur russischen Revolution
6 - 7 Radikal denken - liberal handeln ? Antifa-Taktik
8 - 11 Streiten und Vorwärtskommen, Antifa-Interview
12 Antifa-Volxsport
13 Volxsport
14 NPD-Bundesparteitag in Mulda
15 Friedlich ins neue Jahr
16 Wuppertal Flüchtlingsdemo
17 Anti- WEF-Demo in Davos
18 Anti-EU-Demo, Wien
19 - 25 Gruppe Demontage zu Kurdistan
26 Pädophilie-Debatte
27 Göttinger Drucksache
28 Mix
29 - 30 Termiten

Impressum:

Herausgeberin:

Interim e V
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin
Redaktionsanschrift: siehe oben

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:

Eigendruck im Selbstverlag

Ordner:
- Prozeßwiederaufnahme gegen Safwan E., ausführliche Chronologie
- Thesen zu EU- und WWG-Gipfel
- György Konrád zum Holocaust-Mahnmal
- Fake zur Expo
- Unterschriftenliste zum Köpi-Erhalt
- mehr zum Prozeß gegen die Göttinger Drucksache
- Doku zur Walser-Rede (nur im Infoladen Daneben!)













Vorwort

Hallo,

die Menge der eingesandten Papiere war überwältigend - vieles konnte leider nur im Ordner landen oder ist auf die nächste Ausgabe verschoben. Einiges war nicht les- bzw. druckbar, so z.B. die Schweizer Empfehlung für ein Video über Chile und die Werbeannonce der GenossInnen für eine Publikation über das Davor & Danach des 1 13.6.95. Gerne hätten wir auch redaktionell was zu Eurer Broschüre geschrieben, leider fehlte aber das versprochene Leseexemplar.
Auch in dieser Ausgaben ist wieder viel zu Antifa-Aktivitäten und -strategien drin. Angesichts des Nazi-Terrors, der dieses Jahr in Berlin bereits wieder den ersten Schwerverletzten gefordert hat (Tagesspiegel v. 10.1.: Blutige Hetzjagd auf Vietnamesen), eine mehr als notwendige Aufgabe.
Auf diesem Weg wollen wir besonders für die Benefiz-Karawanen-Party am 22.1. in der Köpi und die Frauen-Lesben-Party am 23.1. im EX werben. Leider habt ihr aus Euren Flyern keine Filme gemacht, so daß die Rückseite unseres Periodikums vom EA gekürt wird.

Apropos Party - die Musik auf der EX-Weihnachtsparty war die schlechteste in diesem Jahrzehnt - von 1994 mal abgesehen. Sonst war es sehr nett, aber für viele, die das Tanzbein schwingen wollten, blieb doch nur die Bar.
Wie (schlechtes) Thekengequatsche haben wir auch den Beitrag "Bonnlein, wechsle Dich!" in der INTERIM 466 empfunden. Einige Bemerkungen dazu:
Geschichte wiederholt sich nicht, es sei denn als Farce - so ähnlich hat ein schlauer Mensch (K. Marx) sich mal geäußert. Den Blick auf die Geschichte wäre auch den AutorInnen dieses Artikels zu empfehlen gewesen. Wäre so ein Unsinn 1969 nach der Machtübernahme der sozialliberalen Koalition in reformistischen Blättern erschienen, hätte man die in Teile der SPD gesetzten Hoffnungen zwar als naiv und angesichts von Meilensteinen in der Parteigeschichte wie 1918/19, Blutmai 1929, Bad Godesberg (Schwenk nach rechts und Bejahung z.B. der NATO-Integration) geschichtslos bezeichnen können. Weiter hätte man solch eine Position vermutlich politisch als "Jusonah" eingeordnet. Heute - mit den Erfahrungen von 1969-82 - erscheint die Einschätzung dieses Artikels als nur noch peinlich.
Aus jedem Satz klingt ein staatstragendes Verständnis und die Verteidigung der parlamentarischen Demokratie gegen Nazis steht ganz oben an bei den AutorInnen. Ein eigener Standpunkt wird nicht formuliert. So einen Artikel in der Interim lesen zu müssen hat weh getan. ALs ein, als linker Kommentar getarnter Beitrag in der taz hätte er einen besseren Platz gehabt.
Von Oskar lernen heißt Siegen lernen?
Während sich die JournalistInnen aus dem bürgerlichen Lager weitgehend einig sind und von einem Fehlstart der Koalition sprechen, dürften das neue Regierungsblatt taz und die MacherInnen dieses unglücklichen Artikels die einzigen sein, die konstatieren, daß "sich überraschender Weise schon einiges zum Positiven gewendet" hat. Potsdaus, haben wir uns beim Lesen gefragt, was soll das sein? Glücklicherweise werden Roß und Reiter gleich genannt: Der neue linksradikale Hoffnungsträger heißt Oskar Lafontaine, ein Hoch auf ihn! Die Maßnahmen im Bereich "Zinssenkung" und "Bündnis für Arbeit" werden doch tatsächlich als Beispiele für solche Verbesserungen angeführt.
PDS wählen?
Und noch eins, ihr lieben PDS-WählerInnen (die Ihr seid, gell?): Wie Euch als aufmerksame ZeitgenossInnen bekannt ist, ist die PDS Regierungspartei in Mecklenburg-Vorpommern und steht in anderen Bundesländern in den Startlöchern zu den Futtertrögen der Macht - wie könnt Ihr da die Parteiprobaganda der "grundlegenden Opposition" noch weiter verbreiten? Dummheit kann Euch kaum unterstellt werden, schon eher Vertrauen auf die Dummheit der LeserInnen...
Wenn die Parteispitze auch einiges an linker Rhetorik (oder zumindest Phrasen) zu bieten hat, sieht es im Bereich Antirassismus völlig trübe aus - hier verkörpert die PDS den absoluten Mainstream aller bürgerlicher Parteien und der Gesellschaft. Liebe Leute, daß Euch das alles nicht peinlich ist! Man/frau kann solche Positionen wie Ihr sicherlich haben, nur: mit linksradikalem/autonomen oder gar revolutionärem Selbstverständnis hat das nichts aber auch gar nichts zu tun. Ihr schreibt selbst, daß es Euch "um ganz konkrete praktische Fragen der Politik in der BRD" geht und um nix anderes. Das ist Reformismus und Fixierung auf Parlamentarismus und der Verzicht auf jegliche Formulierung von Utopien.
Ihr lehnt das System nicht las Ganzes ab, sondern wollt an den schlimmsten Auswüchsen

herumdoktern und das Leben hier einigermaßen sozialverträglich aushaltbar gestalten. Natürlich können angesichts der Kräfteverhältnissedie Hoffnung auf grundlegende Umwälzungen abhanden kommen und durch triste Realpolitik ersetzt werden. Aber selbst die ist dann in basispolitischen Angelegenheiten viel besser und direkter aufgehoben als in einer abgehobenen "Analyse". Ihr schürt den Glauben an die parlamentarische Demokratie und daß es für uns außer taktischen Vorzügen auch tatsächlich einen Unterschied macht, welche Partei den Kanzler stellt.
Diese These von der Zuspitzung der Verhältnisse (die ihr endgültig begrabt) kann morgen auch wieder richtig sein, so wie sie es in den siebziger/achziger Jahre war. Und ein solcher Artikel ist in jedem Blatt rechts von der INTERIM auch besser aufgehoben.
Die rot-grüne heutige Bundesregierung hat ein bißchen mit den Kämpfen seit 68 zu tun aber wenig bis nix

"mit den Linksradikalen zu tun". Denn ReformistInnen, Abwiegler und Renegaten hats zu allen Zeiten und in allen Bewegungen gegeben.
Diejenigen welche bei den Grünen linke Positinen vertrete haben, sind fast alle heute nicht mehr Mitglied in dieser Partei. Die grüne Partei wird heute dominiert von Ex-Spontis wie Fischer, Ex-Kommunisten wie Trittin und einem üblen Haufen von Yuppies, die mit den Wurzeln der Grünen und den Kämpfen der damilgen Zeit nichtr zu tun haben. Hinzu kommmt die eher im Hintergrund agierende, zahlenmäßig starke Fraktion derjenigen wie Andrea Fischer und der neuen Parteisprecherein aus Hamburg . Erstere hat den Vorzug, so die Medien, daß sie "nicht den Ballast von 68 mitschleppt; und letztere lobt sich, daß sie "noch niemals Häuser bestzt oder am Bauzaun gerüttelt habe".
Wo also ist dfie linksraDIKALE Beteiligung daran, daß die Grünen heute mitregiere? Mitr der Partei als solchen haben wir überhaupt nichts (mehr) zu tun, sondern in einzelnen Bf+ündnissen gegen Nazis u.a. eventuell mit wenigen Aufrechten aus dieser Partei - das wars dann aber auch. Wenn ihr euch in solchen Bündnissen bewegt, wißtz ihr, daß es immer dann schwierig und ätzend wird, wenn sich die Partei als solche in Form höherer Funktionären einmischt. Auch gehen nicht "viele Wurzeln der Autonomen auf bürgerliche, friedensbewegte, "ökologische Forderungen" zurück. Diese mögen Entwicklungsdurchläufer vieler AktivistInnen gewesen sein, nur die Bewegung als solche geht nicht darauf zurück. Historisch steht die autonome Bewegung inder Tradition der Spontis, welche sich als revolutionäre Basisbewegung in Selbstorganisierung verstanden. In anderen Teilen Westeuropas - speziell in Italien - existierte Mitte der siebziger Jahre eine autonome Massenbewegung mit eigener Theoriebildung - zu einer Zeit, wo die Grüne Partei noch nicht mal eine Hoffnung in den Augen ihrer GründerInnen war. In der BRD war den Autonomen z. B. beim Anti-AKW-Kampf auch der ökologische Hintergund wichtig, aber als alleiniger Grund viel zu wenig und genau das wurde an den BI`s, anderen und später auch der Grünen Partei kritisiert. Uns ging es mindestens gleichwertig um den Kampf gegen die BRD-Option auf die Atombombe, die nationale Energieautarkie, die Umstruktierung bzw. Ausschaltung der Massenarbeit im Energiesektor und den von niemanden kontrollierbaren Macht- und Profitzuwachs der Konzerne.
Eure Seitenhiebe auf "unsystemische ad hoc Politik" usw. der Linksradikalen in den letzten 20 Jahren wollen und brauchen wir nicht weiter zu kommentieren - wenn die vielbeschworene Erneuerung linksradikaler Politik so aussehen soll wie Euer Artikel, sollten wir sie besser gleich wieder vergessen.
Regierungen - ganz gleich welcher Coleur - sind für "Forderungen von links" nur dann "empfänglich", wenn a) überhaupt welche gestellt werden, die b) aber von starken außerparlamentarischen Basisbewegungen gestellt werden müssen, die gezielte Regelverstöße begehen und sich den normalen Spielreglen des Systems verweigern.









VOR 80 JAHREN: ROSA UND KARL ERMORDET!

Am 15.1.1919 wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht von den bewaffneten Schergen der Konterrevolution ermordet. Im direkten Zusammenspiel von Sozialdemokratie, Bourgeoisie und bewaffneten Freikorps wurden die bekanntesten Repräsentanten des deutschen Proletariats ermordet und ihre Leichen in den Landwehrkanal geworfen.

Wie jedes Jahr waren am zweiten Sonntag im Januar knapp 100.000 Menschen zusammengekommen, um ihnen zu gedenken. Darunter waren auch so gut wie alle stalinistischen Politsekten vertreten, die die beiden zu vereinnahmen versuchen. Wir denken, daß Rosa und Karl sich im Grabe umdrehen würden, wenn sie wüßten, wer sich alles auf sie beruft. Dazu ein paar Auszüge aus Rosa L. "Zur russischen Revolution":

"Die stillschweigende Voraussetzung der Diktaturtheorie im Lenin-Trotzkischen Sinn ist, daß die sozialistische Umwälzung eine Sache sei, für die ein fertiges Rezept in der Tasche der Revolutionspartei liege, das nur mit Energie verwirklicht zu werden brauche. Dem ist leider - oder je nachdem: zum Glück - nicht so. Weit entfernt, eine Summe fertiger Vorschriften zu sein, die man zu anzuwenden hätte, ist die praktische Verwirklichung des Sozialismus als eines wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Systems eine Sache, die völlig im Nebel der Zukunft liegt. Was wir in unserem Programm besitzen, sind nur wenige große Wegweiser, die die Richtung anzeigen, in der die Maßnahmen gesucht werden müssen, dazu vorwiegend negativen Charakters. Wir wissen so ungefähr, was wir zu allererst zu beseitigen haben, um der sozialistischen Wirtschaft die Bahn frei zu machen, welcher Art hingegen die tausend konkreten, praktischen großen und kleinen Maßnahmen sind, die auf jeden Schritt zu ergreifen sind, um die sozialistischen Grundsätze in die Wirtschaft, in das Recht, in alle gesellschaftlichen Beziehungen einzuführen, darüber gibt kein sozialistisches Parteiprogramm und kein sozialistisches Lehrbuch Aufschluß. Das ist kein Mangel, sondern gerade der Vorzug des wissenschaftlichen Sozialismus vor dem utopischen: Das sozialistische Gesellschaftssystem soll und kann nur ein geschichtliches Produkt sein, geboren aus der eigenen Schule der Erfahrung, in der Stunde der Erfüllung, aus dem Werden der lebendigen Geschichte....(....). (Der Sozialismus) hat zur Voraussetzung eine Reihe Gewaltmaßnahmen - gegen Eigentum etc. Das Negative, den Abbau kann man dekretieren, den Aufbau, das Positive nicht. Neuland. Tausend Probleme....Nur ungehemmtes, schäumendes Leben verfällt auf tausend neue Formen, Improvisationen, erhält schöpferische Kraft, korrigiert selbst alle Fehlgriffe.....Die ganze Volksmasse muß daran teilnehmen. Sonst wird der Sozialismus vom grünen Tisch eines Dutzends Intellektueller dekretiert, oktroyiert.

Unbedingte öffentliche Kontrolle notwendig. Sonst bleibt der Austausch der Erfahrungen nur in dem geschlossenen Kreis der Beamten der neuen Regierung. Korruption unvermeidlich. (Lenins Worte, Mitteilungs-Blatt Nr. 36) Die Praxis des Sozialismus erfordert eine ganze geistige Umwälzung in den durch Jahrhunderte der bürgerlichen Klassenherrschaft degradierten Massen. Soziale Instinkte anstelle egoistischer; Masseninitiative anstelle der Trägheit; Idealismus, der über alles Leiden hinwegbringt usw. usw. Niemand weiß das besser als Lenin. Nur vergreift er sich völlig im Mittel. Dekret, diktatorische Gewalt der Frabrikaufseher, drakonische Strafen, Schreckensherrschaft, das sind alles Palliative. Der einzige Weg zu dieser Wiedergeburt: die Schule des öffentlichen Lebens selbst, uneingeschränkte breiteste Demokratie, öffentliche Meinung. Gerade die Schreckensherrschaf demobilisiert.

Fällt das alles weg, was bleibt in Wirklichkeit? Lenin und Trotzki haben anstelle der aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Vertretungskörperschaften die Sowjets als die einzig wahre Vertretung der arbeitenden Massen hingestellt. Aber mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Lande muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erlahmen. Ohne allgemeine Wahlen, ungehemmte Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungskampf erstirbt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, in der die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein, einige Dutzend Parteiführer von unerschöpflicher Energie und grenzenlosem Idealismus dirigieren und regieren, unter ihnen leitet in Wirklichkeit ein Dutzend hervorragender Köpfe, und eine Elite der Arbeiterschaft wird von Zeit zu Zeit zu Versammlungen aufgeboten, um den Reden der Führer Beifall zu klatschen, vorgelegten Resolutionen einstimmig zuzustimmen, im Grunde also eine Cliquenwirtschaft - eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker, d.h. Diktatur im rein bürgerlichen Sinne, im Sinne der Jakobinerherrschaft.....Das ist ein übermächtiges Gesetz, dem sich keine Partei zu entziehen vermag.

Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie ist eben der, daß sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen. "Diktatur oder Demokratie" heißt die Fragestellung sowohl bei den Bolschewiki wie bei Kautsky. Dieser entscheidet sich natürlich für die Demokratie, und zwar für die bürgerliche Demokratie, da er sie eben als die Alternative der sozialistischen Umwälzung hinstellt. Lenin-Trotzki entscheiden sich umgekehrt für die Diktatur im Gegensatz zur Demokratei und damit für die Diktatur einer Handvoll Personen, d.h. für burgerliche Diktatur. Es sind zwei Gegenpole, beide gleich weit entfernt von der wirklichen soziaistischen Politik. ....

(Das Proletariat) soll und muß eben sofort sozialistische Maßnahmen in energischster, unnachgiebigster, rücksichtslosester Weise in Angriff nehmen, also Diktatur ausüben, aber Diktatur der Klasse, nicht einer Partei oder einer Clique. Diktatur der Klasse, d.h. in breitester Öffentlichkeit, unter tätigster ungehemmter Teilnahme der Volksmassen, in unbeschränkter Demokratie.....

Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwdnung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlerworbenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Geselschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirkohcne läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse und nicht einer kleinen, führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d.h., sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen."



Radikal denken - liberal handeln?

Naziaufmärsche der letzten Zeit - einige Überlegungen zu polizeilichen und antifaschistischen Taktiken

Gegenkundgebungen?

Seit dem Wegbrechen einer aktiven linksliberalen Öffentlichkeit werden Bündnisdemos gegen Naziaktivitäten schwerpunktmäßig von den Restbeständen der autonomen Antifa organisiert. Dies bindet Kräfte der militanten Antifa, nur weil es kaum mehr Linksliberale gibt, machen Autonome deren Job. Vom Handeln her sind diese Aktionen jedoch liberal, und sie können unter den gegebenen Bedingungen auch nicht anders sein.

Antifa heißt Einsickern?

Die Losung, mit der versucht wird dieses Manko zu umgehen, lautet mit schöner Regelmäßigkeit: Durchsickern! Man übersieht dabei, daß für eine Person, die durchsickert, 10 andere draußenbleiben. Das läßt sich nicht ändern, denn auch die beste Verkleidung wirkt nur dadurch, daß man sich vom Rest unterscheidet und ist egal, wenn alle sie haben.

Beispiel Tegel 5.12.98: Es existierte ein polizeiliches Abschirmungssieb auf 3 Ebenen. Zum einen gab es einen Ring von Sperren und Kontrollen an allen Straßen, die in das vom Naziaufmarsch betroffene Gebiet führten. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln kam man nicht rein, die Nazis wurden im Konvoi schon mit Polizeischutz reingebracht, der Sammelpunkt war ebenfalls polizeigeschützt. Außerdem war das Gebiet hinter den Sperren extrem dicht mit mobilen Polizeistreifen bevölkert, die sich allem widmeten, was jung und in der Gruppe war, Aussehen nahezu egal. Ein Großteil derer, die durch die Sperren kamen, wurden von den Streifen ihrer Plätze verwiesen. Die dritte Schiene polizeilicher Aktivität war um den Naziaufmarsch herum, wobei es sich hier um ein eher kleineres Aufgebot handelte, das immer wieder aus mobilen Kräften ergänzt wurde. Immer wenn sich auch nur Anzeichen einer Konfrontation andeuteten oder Leute zu Gruppen sammelten, war es der Polizei in kurzfristigem Rahmen möglich, bewegliche Kräfte zusammenzuziehen, um durch diese das Feld räumen zu lassen - mit dem elektronischen Feldherrenhügel der technisch aufgerüsteten Landespolizei eine simple Frage der Koordination. Das Abdrängen war so terminiert, daß die Leute schon immer einige hundert Meter vor dem Aufmarsch systematisch zur Seite geschoben wurden.
An den Naziaufmarsch rankommen war für Personen zwischen 16 und 40 ohne Presseausweis nicht in Gruppen möglich. Es war allenfalls möglich, sich in Vorgärten zu verkriechen, und abzuwarten bis der Rest geräumt wurde, um sich dann neben ein paar Bürger mit Kinderwagen und Einkaufstaschen zu stellen, aber mehr als gaffen kann man dann auch nicht.

Abgesehen davon daß diese Dreischienenstrategie der Polizei zeigt, daß es hier darum geht, die Nazis zu beschützen und nicht darum, die Gegend vor ihnen zu beschützen, sollte daraus hervorgehen:

1. Die Methode "Einsickern" funktioniert nicht mehr. Für jeden der rankommt bleiben mindestens 10 draußen. Mit jedem weiteren Level, durch den man durch muß, wird die Anzahl und der Organisierungsgrad der Eingesickerten immer geringer, bis man direkt vor dem Ziel in seiner Handlungsmöglichkeit so beschränkt ist, daß man entweder nichts tun oder sich selbstmörderischem Wahnsinn hingeben kann.

2. Eine linke Gegenkundgebung bindet keine Polizeikräfte, dazu reicht die Masse nicht aus. Sie kann, selbst wenn sie anders will, nicht mehr als in pluralistischer Entfernung protestieren und nimmt so ihre Funktion im 'Rechts demonstriert, Links demonstriert und die Polizei sichert den Frieden' - Schema ein. Jegliche Auseinandersetzung an dieser Stelle mit der Polizei ist jedoch symbolisch, da sie die Nazis nicht behindert.

3. Die Polizei hat - wie man auch schon an dem Aufmarsch im Juni 98 in Hohenschönhausen sehen konnte - aus Hellersdorf gelernt und sichert offensiv die Aktivitäten der Nazis. Der Polizeischutz ist eine öffentlich bekannte Tatsache, ruft aber in der Öffentlichkeit keine nennenswerte Empörung oder Skandalbewußtsein hervor. Spontane Empörung von Anwohnern über polizeiliche Schikanen verpufft.

Sachschäden?

Zahlenverhältnisse wie über 150 festgenommene Antifas im Vergleich zu einigen wenigen Nazis, wenn überhaupt (Hannover 19.12.98) sind zur Normalität geworden. Blockiert man die Route, gibt es Bullenstreß und jede Menge Leute fahren ein, sofern man den Ort überhaupt erreicht. Faktisch gibt es keine legale Möglichkeit mehr, einen Naziaufmarsch zu verhindern. An die Nazis kommt man während den Veranstaltungen kaum ran. Der einzige Weg, irgendwie effektiv tätig zu werden, ist vor oder nach der Veranstaltung, vor allem dann, wenn sie in ihnen möglicherweise unbekanntem Gebiet mit der Koordination ihrer An- bzw. Abreise beschäftigt sind. Ziel sollte es sein, bei den Nazis so viel wie möglich materiellen Schaden anzurichten. Das trifft sie persönlich und früher oder später werden sie es sich nicht mehr leisten können, zu Aufmärschen zu fahren. Teile der Nazis werden ggf. zum Schutz ihrer Infrastruktur gebunden.
Einen recht gut erreichbaren Ansatzpunkt hierfür stellen Privatautos dar. Da zahlt keine Versicherung und meistens haben sie eine Art persönliche Bindung zu ihrem Auto. Busse sind meistens gemietet, es ärgert sie zwar,

wenn ihr Bus kaputt ist, aber es schadet ihnen genaugenommen nicht. Einziger Erfolg ist die Möglichkeit, dass ihnen irgendwann mal keine Busse mehr vermietet werden.
Dies macht auch wesentlich mehr Sinn als der Versuch, die Nazis direkt anzugreifen. Neben der Tatsache, daß dies durch Polizeischutz immer öfter scheitert, werden solche Schäden von der Krankenkasse gezahlt und die betreffenden Nazis können sich als Märtyrer stilisieren. Natürlich lehnen wir es keineswegs ab, Nazis offensiv anzugreifen, aber wenn man unter den gegebenen Bedingungen vor der Entscheidung zwischen einem persönlichen Angriff und der Zerstörung von Sachwerten steht, empfiehlt es sich, die erfolgversprechendere Möglichkeit wählen.

Unabhängig davon, in welcher Entfernung vom Aufmarsch man hier ansetzt, sollte es vor allem um eines gehen: Unsere Möglichkeit besteht darin, den Preis für die Teilnahme an einem Naziaufmarsch soweit als machbar nach oben zu treiben - und das persönlich für jeden einzelnen Teilnehmer, nicht nur für die dahinterstehende Organisation. Jeder Einzele muß merken, daß ein Aufmarsch teuer kommt. Einzelfälle haben bereits aufgezeigt, daß durch ähnliche Konzepte Nazis soweit finanziell ruiniert wurden, daß sie sich teilweise über Monate hinweg nicht leisten konnten, ihren Wohnort zu verlassen. Entgegen vieler Gerüchte sind die meisten Nazis und deren Organisationen nicht gerade betucht. Man trifft sie so an einem ganz wunden Punkt.
Auch die Gegenaktionen gegen den NPD-Aufmarsch in Hannover haben erkennen lassen, daß solche Möglichkeiten bestehen. Einige Nazi-PKWs sowie den Lautsprecherwagen erwischte es dort so heftig, daß sie die Weitereise nicht mehr antreten konnten.
Am 1. Mai 98 in Leipzig gelang es durch die dezentrale Besetzung des umliegenden Stadtgebietes, einen Teil der Teilnehmer des NPD-Aufmarschs zurückzuschicken bzw. ihre Fahrzeuge zu zerstören. Eine für die Polizei überschaubare Gegenkundgebung oder -demonstration hätte hingegen über ihre komplette Dauer unter der Aufsicht der Polizei gestanden.

All dies muß sich nicht auf die direkte Umgebung eines Aufmarschs beschränken, ergänzenderweise gibt es die Möglichkeit, auch zuhause aktiv zu werden, z.B. durch Besuche in Privatwohnungen oder bei den dort zurückgelassenen Autos, falls die Nazis mit dem Bus gefahren sind. Das hat den Vorteil, dass Bullenstreß weit unwahrscheinlicher ist als vor Ort. Außerdem werden die Nazis früher oder später darauf kommen, dass ihre Wohnungen ungeschützt sind und entsprechenden Schutz hinterlassen. Der fehlt dann aber wieder beim Aufmarsch.
Als Ziele sollten dabei nicht nur Kader, sondern auch niedere Mitglieder dienen. Das verstärkt erheblich die Verunsicherung innerhalb der Naziszene und dürfte vor allen das Fußvolk davon abhalten, zu Aufmärschen zu fahren. Es ist dabei völlig egal, ob eine Wohnung besucht wurde, oder dies durch entsprechenden Nazischutz nicht möglich war. Ein Erfolg wäre es trotzdem, immerhin müßte so eine Handvoll Nazis zu Hause bleiben und könnte nicht am Aufmarsch teilnehmen. Wichtigster Grundsatz bei allen derartigen Aktionen sollte aber immer sein, daß das Eigentum von unbeteiligten Privatpersonen tabu ist.

Es liegt auf der Hand, daß dies alles vor allem für jene möglich ist, die ohnehin schon versuchen, als Kleingruppe Handlungsmöglichkeiten zu finden. Es erfordert jedoch auch grundsätzlich anders gesetzte Prioritäten in der Vorbereitung: Ohne eine gut organisierte Recherche und Koordination tappt auch die bestorganisierteste Kleingruppe hierbei im Dunkeln.
Nachdem eine Gegenkundgebung ihre Wirkung meist dadurch entfalten kann, daß sie als Basis für Kleingruppenaktionen gegen einen Aufmarsch dient, sollte bedacht werden: Wenn die Bedingungen eine Neuorientierung von Kleingruppenaktivitäten erfordern, sind diese auch nur mit einer unter veränderten Bedingungen hilfreichen Basis durchführbar. Vor und nach einem Aufmarsch kann diese Aufgabe nicht von einer Gegenkundgebung, sondern nur von einer die An- und Abfahrtswege erfassenden Recherche erfüllt werden. Es ist an der Zeit, gerade wenn man Gegenkundgebungen nicht wirkungslos verpuffen lassen will, den Schwerpunkt der organisatorischen Arbeit hierauf zu verlagern. Denn mehr und stärker werden können wir nur dann, wenn es uns gelingt zu zeigen, daß Widerstand machbar ist.

einige Antifas aus von Aufmärschen heimgesuchten Städten

Naziaufmärsche müssen wieder teuer werden!

Es ist weg! ...das scheiß Café!

Das „Café Germania" mußte Anfang Dezember '98 schließen. Auch wenn die Nazis angekündigt haben, daß sie ihr Café in Brandenburg wiedereröffnen wollen, ist die Schließung des Cafés ein Erfolg für die autonome Antifa! Es wurde geschafft ein für die Nazis wichtiges Projekt zu verhindern! Hierbei spielte das militante Vorgehen gegen das Café eine nicht zu unterschätzende Rolle. Von Beginn an, gingen autonome AntifaschistInnen gegen das Café vor. Eingebettet waren die Aktionen in breiten antifaschistischen Widerstand!

Deshalb: Zusammen kämpfen! Antifa heißt Angriff!

Antifaschistische Aktion

Streiten und Vorwärtskommen

Warum läuft von der deutschen Linken so wenig gegen türkische Faschisten und Fundamentalisten, obwohl diese selbst in Szene-Vierteln wie Kreuzberg massiv präsent sind?

Ein Streitgespräch zwischen Menschen aus der Vorbereitung einer Veranstaltung zur MHP, die am 25. Januar im Ex stattfinden wird. Dieses Gespräch stellt ein paar Positionen dar, es ist nicht vollständig, sondern eher eine sinngemäße Mitschrift. Und vor allem: es ist nicht ausformuliert, nicht autorisiert und deshalb nicht zitierfähig. Eine kurze Personenbeschreibung folgt am Ende des Textes.

U.: Deutsche Linke sind faul, gucken nicht über den Tellerrand und sind arrogant.

N.: Ich habe nicht genug Informationen. Wenn ich mehr wüßte, könnte ich auch dementsprechend handeln.

B.: Deutsche Linke wissen zuwenig darüber. Wir als türkische/kurdische Linke müssen sie besser informieren, dann könnte dieser Kampf auch zu ihrem Alltag gehören.

L.: Mir fällt es schwer, einfach gegen türkische Menschen vorzugehen. Ich möchte nicht in das Schema der Rassistin gedrängt werden, die als Deutsche gegen AusländerInnen vorgeht.

H.: Wir beteiligen uns an vielen Aktionen gegen deutsche Nazis. Ich wüßte auch gerne, warum nur türkische/kurdische Linke das Problem der türkischen Faschisten sehen, das keineswegs innertürkisch ist, und Deutsche sich da raushalten.

C.: Ich habe dieses Politikfeld wohl praktisch an die türkische/kurdische Linke delegiert, die ist sozusagen dafür zuständig. Bei Mobilisierungen bin ich gerne bereit, mich zu beteiligen.

U.: Deutsche Linke, Linksradikale, Antifas und Autonome sind faul, ich nehme da niemanden aus. Sie gucken nicht über den Tellerrand und sind arrogant. Das spiegelt das Herrschaftsverhältnis hier wider. Sie funktionalisieren ImmigrantInnen für ihre politischen Aktivitäten, aber es ist keine praktische Solidarität da. An der Stelle fällt mir immer diese Parole ein: "Da wo wir am Leben gehindert werden, beginnt unser Widerstand". Ich werde als Frau, als Linke von türkischen Faschisten in meiner Bewegungsfreiheit gehindert. Deutsche Linke sind gegenüber türkischen Faschisten nicht gezwungen, sich zu verhalten, da gibt es ein gegenseitiges In-Ruhe-Lassen. Ich werde als türkische Frau verbal und praktisch angegriffen, und ich werde als Linke politisch bekämpft, auch alltäglich auf der Straße.

B.: Ich glaube, die deutsche Linke ist nicht so faul. Sie hat keine Ahnung über türkische Faschisten. Ich kenne viele Deutsche, die sagen, erklär uns, was sind Faschisten, wir kennen das nicht so gut.

Wir haben Kundgebungen gemacht nach den Fußballspielen der Türkei, wo immer Faschisten kommen. Die waren gut, da sind auch einige Deutsche gekommen.

U.: Die fehlende Recherche ist nicht nur die Schuld der türkischen Linken, es kommt eben auch wenig Interesse. Auch wenn alles klar wäre, denke ich, käme von deutscher Seite nicht viel mehr.

L.: Dem kann ich voll zustimmen.

C.: In den ganzen letzten 15 Jahren habe ich gerade zweimal gegen die MHP Gegendemos mitgemacht, dann noch ein paar Mal gegen die türkische Militärjunta demonstriert, sonst war da nichts.

B.: Die türkischen Faschisten interessieren die deutsche Linke nicht so viel wie deutsche Nazis. Die sind eine Sache von Deutschland.

N.: Die Recherche ist einfach schlecht, es kommt nichts rüber. Deutsche Faschisten sind relativ gut ausgeforscht, da läuft das eben auch schon länger. Die Methoden der Recherche und Veröffentlichung sollten auch den türkischen Linken geläufig sein, aber es kommt wenig an.

L.: Ich bin nicht faul. Ich schrecke davor zurück, gegen "ausländische Mitbürger" was zu machen. Ich will nicht in eine rassistische Ecke gedrängt werden, weil ich als Deutsche gegen türkische Menschen agiere. Wenn wir gegen Islamisten was sagen, gießen wir Öl aufs Feuer der herrschenden Medienhetze, die sagt, daß alle Menschen, die aus islamischen Ländern kommen, schreckliche Fundamentalisten sind. Ich bin der Meinung, daß wir diesem Herrschaftsdiskurs nur ganz bewußt und entsprechend vorsichtig entgegentreten können.

B.: Fundamentalismus, politischer Islam sozusagen, ist was anderes als Islam. Das Problem sind nur die politischen islamischen Gruppen, die nutzen nur die Leute aus, die islamische Gedanken haben.

Ich habe gemerkt, daß die deutschen Linken keine Ahnung haben. Z. B bei Mölln oder Solingen hatten die deutschen Linken nicht gewußt, warum sich die türkischen Gruppen dort gestritten haben. Faschisten kamen mit türkischen Fahnen, türkische Linke waren dagegen, konnten das aber nicht gut erklären. Die türkischen Linken hatten aber auch nicht das Interesse, sie wollen sich untereinander organisieren. Sie haben intern sehr gute Organisationen aufgebaut. Viele türkische Linke können nicht gut genug deutsch, es ist leichter, untereinander zu reden oder ne Versammlung zu machen. Und sie bemühen sich auch nicht so richtig um den Kontakt. Es ist praktisch so, daß innerhalb der türkischen/kurdischen Linken ein Begriff klar ist und man nichts groß erklären muß. Und dann gibt es diesen Widerspruch zwischen türkischer/kurdischer Politik in der BRD und Politik von hier aus für die Türkei/Kurdistan.

Es gibt eine Gruppe türkischer faschistischer Studenten an der TU. Da haben wir im letzten Sommer ne Kundgebung gemacht. Mir ist dabei aufgefallen, daß da viele Deutsche waren, vielleicht ein drittel. Die Leute haben sich bemüht, viel zu erfahren. Deutsche und türkische/kurdische Linke müssen lernen, wie sie in Kontakt bleiben.

C.: Wären das deutsche Nazis gewesen, wären viel mehr deutsche Antifas gekommen.

N.: Bei deutschen Faschos haben wir eine klare Ebene. Ein Wortwechsel und du weißt bescheid, gegen wen du

vorgehen kannst. Wir wissen wenig über türkische Faschisten, obwohl wir schon einiges sehen. Kettchen mit grauen Wölfen, T-Shirts mit türkischen Fahnen, das Zeigen von kleinem und Zeigefinger für den Grauen Wolf. Das berührt meinen Alltag aber kaum.

U.: Ich kann es nicht mit mir vereinbaren, in einen Faschistenimbiß zu gehen, auch wenn Deutsche Linke da hin können und auch wenn der Döner noch so gut schmeckt.

Zusammenarbeit

N.: Wir als Antifa würden auch mit sämtlichen irgendwie linken Gruppen zusammenarbeiten. Wir arbeiten eh mit Gott und der Welt zusammen.

U.: Auf bestehende Strukturen von türkischen und kurdischen Linken wird von deutscher Seite nicht eingegangen. Bei Veranstaltungen von türkischen Linken sind immer auch deutschsprachige Flugis da, aber umgekehrt nicht.

N.: Bei Antifa Genclik gab es mehr Zusammenarbeit, aber das war keine türkische linke Politik, sondern Politik in Berlin, bei der es gemeinsame Strukturen gab. Türkische Linke haben sich eher zurückgezogen, so daß ich deren Politik hier nicht spürbar finde. Es kommt ab und zu was zu Antirassismus, aber von dem, was ich mitkriege, ist einiges schon eher linkssozialdemokratisch zu nennen.

B.: Es gibt zumindest zwei türkische linke Gruppen in Berlin, die gerne mit deutschen Linken zusammenarbeiten würden. Wir leben in Deutschland und müssen unsere Probleme in Deutschland lösen. Die anderen Gruppen, soweit ich das weiß, wollen nicht viel mit deutschen Linken machen.

N.: Die Bemühungen, mit türkischen Linken zusammenzukommen, sind genausogroß wie mit anderen deutschen Antifagruppen. Das ist wohl zu wenig, weil da ne größere Fremdheit da ist. Auf unsere klassischen Bündnisaufrufe reagieren sie im allgemeinen kaum.

Wir haben mit den deutschen Faschos genug zu tun, was wir vor Jahren auch nicht gedacht haben. Ein türkischer Mensch wird zuerst als Opfer gedacht, weil ein Türke sowieso eher von Faschos geklatscht wird. Die Nazis fragen vorher nicht, woher einer politisch kommt. Die Pogrome haben so zu dem Bild geführt, türkische Menschen seien grundsätzlich Opfer. Das heißt weiter, sie sind nicht Täter, auch nicht Faschist, aber auch nicht politisch links agierende Menschen. Kennenlernen und Zusammenarbeit könnte daran viel ändern.

U.: Trotzdem gibt es aber die Bewertung dadrin. Wenn du es wirklich ändern wolltest, würdest du es tun.

B.: Ich bin sicher, es gibt hier mehr organisierte türkische Faschisten als deutsche Nazis. Die MHP ist die größte deutsche Faschistenorganisation.

N.: Ich sehe in der rassistischen und faschistischen deutschen Mehrheitsmeinung das Hauptproblem. Für mich geht es ausdrücklich nicht nur um die gewalttätigen Stiefelfaschos.

Daß es hier türkischen Faschismus gibt, liegt auch daran, daß Deutschland mehr gegen Kommunisten vorgeht. Auch den Behörden dürfte klar sein, daß die MHP stark ist, Betriebsräte und Funktionäre in Verbänden hat. Und auch, daß sie bisweilen gewalttätig und mörderisch vorgeht.

L.: Du setzt doch Prioritäten: zuerst die Bekämpfung von deutschen Faschos, danach dann das rassistische System hier und irgendwo ziemlich weit hinten türkische Faschisten. Das setzt doch einen bewußten Prozeß voraus.

N.: Bis Ende der 80er wurde in der deutschen Linken versucht, eine revolutionäre Politik zu machen mit starken sozialen Bezug. Rassismus und Faschismus hatten keinen so aktuellen Bezug. Antifa-Arbeit wurde an die bestehende kleine Antifa delegiert und hatte keine so große Relevanz für alle. Nach 1989 kamen dann die Pogrome, es war eine neue Qualität, der wiedererstarkte deutsche Nationalismus kam dazu. Dabei gab es auch praktische Zusammenarbeit mit wenigen türkischen Gruppen, die 20.-April-Demo ist entstanden, Antifa Genclik hat mit uns politisch gearbeitet, nicht umgekehrt. Die 20. April Demos waren gemeinsam gegen deutsche politik.

C.: Warum waren da Jugendliche mit türkischen Fahnen mitgelaufen. Was sollen wir da machen oder sollen wir überhaupt was gegen die tun?

B.: Sie haben gesehen, es geht gegen Rassismus, da wollten sie auch mitmachen.

Rückzug

B.: Die türkischen Leute fühlen sich hier nicht zuhause. Sie denken nicht so rational, sondern mit ihren Gefühlen. Wir können zusammenarbeiten als Linke gegen türkische Faschisten, aber auch gegen deutsche Rassisten.

U.: Aber dafür mußt du die Ursachen wissen, warum es zur Zeit nicht geht. Viele haben sich zurückgezogen.

C.: Es gab zeitweise eine Zusammenarbeit in einigen konkreten Antifa-Projekten, Diskussionen an Schulen und ähnliches.

B.: Ja, da gab es eine Einladung von einer Gruppe, dann folgte die praktische Zusammenarbeit. Danach war wieder nichts. Wir müssen theoretische Grundlagen schaffen. Es gibt keine theoretischen Themen, über die wir geschafft haben zu diskutieren. Wenn du Treffen nicht inhaltlich ausfüllen kannst, kannst du es langfristig nicht schaffen.

C.: Bundnisarbeit ist immer schwierig. Autonome und beispielsweise PDS haben nur kleine Gemeinsamkeiten, können aber auf einem Minimalkonsens zusammenarbeiten. Wir haben mit manchen türkischen/kurdischen Gruppen mehr Übereinstimmungen.

U.: Inhaltliche Zusammenabeit z. B. auf Kieztreffen ist mehr möglich. Es gibt viele Themen. Die sind allerdings mehr praktischer als theoretischer Art.

N.: Junge Antifas kennen türkische Gruppen mittlerweile nur noch aus ML-Gruppen-Diskussionen, Stichwort Stalinismus. Da gibt es nur die Frage, wer wann ausgegrenzt werden muß. Persönliche Kontakte sind nicht mehr da.

B.: Wir müssen sagen, was wir machen wollen. Jahrelang reden wir, daß wir mit deutschen Linken was zusammen machen müssen. Doch dann kommt von uns nichts, wir haben nichts geschafft.

L.: Ich denke schon, daß Zusammenarbeit immer an einem konkreten Thema sein muß. Wir sitzen hier auch nur, weil ne Veranstaltung vorbereitet wird.

B.: Ihr seid doch eh schon gewonnene Menschen, wir müssen an noch viel mehr rankommen.

U.: Wir alle sind der Meinung, punktuelle Zusammenarbeit von deutschen und türkischen/kurdischen Linken ist möglich, ist notwendig. Was fehlt ist, daß sich ImmigrantInnen selbst organisieren. Ich muß mir selber meiner Position und meiner Herkunft klar werden. So gewinne ich meine Stärke und komme aus dem Opferdenken raus, um selber ne Strategie und nen Weg zu entwickeln.

C.: Aber es ist doch genau so, türkische/kurdische Gruppen arbeiten fast nur untereinander.

U.: Aber nur türkische und kurdische Gruppen, nicht alle ImmigrantInnen aus allen Ländern.

B.: Erstmal muß man persönlich denken, was man politisch will. Da-

nach kannst du erst in der Gruppe dein Projekt verwirklichen.

U.: Ich geh anders ran. Aufgrund von Leidensdruck kann ich als Immigrantin was tun und dann kollektiv was verändern.

N.: Selbstorganisierung heißt immer auch Selbstmarginalisierung, im Extremfall Kämpfe untereinander. Ich würde lieber nicht "deutscher" Antifa sein und auch nicht von "türkischer" Linke reden, lieber alle Linken gemeinsam sehen. Linke Organisierung muß darauf hinarbeiten, daß diese Trennung überwinden wird.

L.: Du kannst ne Spaltung nicht aufheben, indem du sie ignorierst.

N.: Ich wollte keine Sprachregelung einführen. Aber solange eine linke Organisierung auf solchen Dingen beruht, wird das nicht klappen.

U.: Obwohl ich diesen türkischen faschistischen Staat aufhängen könnte, betone ich, daß ich Türkin bin. Ich will damit nicht spalten. Ich will es nicht unter den Tisch fallen lassen. Es wird oft nicht ernst genommen. Der Umgang mit mir auf Treffen ist anders, weil Leute Angst haben, als Rassist beschimpft zu werden. Positiver Rassismus ist ein blöder Begriff, aber passend.

C.: Dieses Argument vom "positiven Rassismus" finde ich völlig lähmend. Gehe ich mit irgendwelchen türkischen ML-Gruppen vorsichtiger um, weil sie aus der Türkei kommen, heißt es: positiver Rassismus. Setze ich die gleichen, manchmal sehr harten Maßstäbe an sie wie an deutsche Gruppen und drohe zum Beispiel mit Rausschmiß, kommt gleich der Rassismusvorwurf von ihnen zurück. Da neige ich dazu, diese Gruppen außen vor zu lassen, um nicht in aufreibende Diskussionen hineinzukommen und Kraft zu sparen.

Definition

L.: Nun noch mal zur Definitionsfrage. Wer sind "Faschisten", gehören auch Sozialdemokraten dazu? Bei der Demo gegen Öcalan und die PKK Ende November in Berlin gingen 8000 mit Morddrohungen gegen Apo auf die Straße. Sozialdemokraten, viele Nationalisten, Konservative, MHPler und Graue Wölfe. Was sind sie politisch?

U.: Alle sind Faschisten.

B.: Sozialdemokraten denken wie die türkische Regierung, sind zum Teil daran beteiligt. Sie haben Kontakte zu den Faschisten, sind selber keine, aber bewegen sich in die Richtung.

U.: Hier würde ich auch sagen, die CDU ist faschistisch, nur in einem anderen Sinn.

B.: Sozialdemokraten pflegen das kema-listische Gedankengut von dem einen Staatsvolk.

N.: Das sind aber völkisch nationalistische Richtungen, die es auch bei der deutschen Regierung gibt.

U.: Der türkische Staat deckt Völkermord und Folter, das ist schon noch mehr als der deutsche Staat.

N.: Das mußt du aber nicht alles faschistisch nennen. Ich kenne mich in der Türkei nicht so aus, aber es reicht doch schon, die Behandlung der KurdInnen als nationalistisch, als völkisch zu bezeichnen.

U.: Wie es aber betrieben wird, ist schon ein Unterschied. Da sage ich nationalistisch bis zu faschistisch.

N.: Die Bezeichnung hat ja auch praktische Folgen in der Behandlung. Uns ist nicht gedient, wenn wir sagen, alle sind Faschisten.

H.: Man muß schon genauer differenzieren. Ich finde nicht richtig, Sozialdemokraten oder Konservative faschistisch zu nennen. Die türkischen Sozialdemokraten muß man hinterfragen, wieweit sie sozialdemokratisch sind - nach ihrer Geschichte und ihrer Realität. Die können nicht mit denen in Deutschland gleichgesetzt werden. Sie genügen nicht den sozialdemokratischen internationalen Richtlinien. Sie lehnen sich an Atatürk an, der den Satz "Stolz ein Türke zu sein" prägte, der *ein* Staatsvolk propagierte. Die Sozialdemokraten sagen, damit sind alle gemeint, die sich mit dem türkichen Staat identifizieren. Sie haben die Linken, die sich gegen den faschistischen Terror gewehrt haben, diffamiert, die Militärdiktatur möglich gemacht. Aber andererseits gibt es Sozialdemokraten, die z. B. für Frauen Fortschritte geschaffen haben - auch auf der Grundlage Atatürks, was als wichtige Errungenschaft gilt. Der Kemalismus als Staatsideologie beinhaltet auch einen laizistischen Staat. In den letzten Jahren gabe es ja Widerstand gegen die Fundamentalisten, Sozialdemokraten und Frauen haben die Proteste getragen. Sozialdemokraten haben aber dann Gemeinsamkeiten mit den Faschisten, wenn sie bestimmte Grundlagen teilen. Türkisches Staatsvolk und Nationalismus sind Beispiele. Der türkische Nationalismus wird von Linken als unakzeptabel angesehen. Auf diesem Hintergrund erklärt es sich, daß hier Sozialdemokraten und Faschisten gemeinsam vorgehen, um z. B. gegen PKK zu demonstrieren, weil die ja die Spaltung der Türkei wollen. Das wollen die Sozialdemokraten nicht, es soll nicht salonfähig werden.

N.: Aber jeder Staat will mit allen Mitteln verhindern, daß sich ein Teil abspalten will. In der Sowjetunion war der Staat nicht mehr in der Lage dazu. Das muß nicht faschistisch sein, sondern jeder bürgerliche Staat würde sich so verhalten. Faschistisch ist die Methode, die da angewandt wird.

C.: Wo ist die Abgrenzung des Begriffs "Faschisten", ist das ein allgemein gebräuchlicher Begriff in der Türkei?

H.: Wenn man in der Türkei "Faschisten" sagt, weiß man, was damit gemeint ist. Vor dem Putsch war es noch einfacher, da gab es die Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Lagern, einerseits das fortschrittliche Lager, Linke, Gewerkschaften, andererseits den faschistischen Terror der MHP gegen diese. Schon Ende der 60er Jahre gab es antikommunistische Ausbildungscamps, in denen jungen Menschen beigebracht wurde, als Graue Wölfe gegen die Linken vorzugehen. Es waren nicht nur MHPler, es war auch klar, daß sie staatlich unterstutzt werden. Also. Faschisten ist ein Begriff für MHP, aber auch für diese Teile der Gesellschaft, die diese Nähe pflegen. Es gab die Diskussion, ob Sozialdemokraten faschistisch sind, da gab es schon unterschiedliche Positionen. Ich nenne sie nicht so. Viele wollten auch auf die Basis der Sozialdemokraten zugehen, um diese für das fortschrittliche Lager zu gewinnen.

L.: Ist die Zusammenarbeit zwischen Sozialdemokraten und der MHP traditionell?

H.: Nur zeitweise, aber dies ist kein Wunder bei ihrer Geschichte. Es gibt keine klare Linie der Sozialdemokraten. Sie sind gespalten und trotzdem immer wieder an der Regierung beteiligt in wechselnden Koalitionen. An der Technischen Universität in Berlin haben sozialdemokratische StudentInnen versucht, die linken davon zu überzeugen, mit den Islamisten zusammenzuarbeiten. Wir hingegen waren dafür, eine gemeinsame linke, fortschrittliche Liste aufzustellen ohne Islamisten.

Delegieren

C.: Ich denke, wir als deutsche Linke delegieren den Kampf gegen die türkischen Faschisten an türkische/kurdische Linke. Gleichzeitig aber überschätzen wir dabei ihre Stärke und ihre Interessen. Wollen die Linken von dort denn einen Großteil

ihrer Zeit in Auseinandersetzungen hier investieren? So bleiben wir in einer Wartestellung und, weil so wenig kommt, machen wir auch wenig und können so tun, als wüßten wir nichts.

N.: Ich finde das zu platt. Türkische/kurdische Leute haben bessere Möglichkeiten, was mitzukriegen. Ich kann noch nicht mal ein Plakat lesen. Ich würde erstmal denken, sie sind da eher gefordert. Ich empfinde es für mich als Manko, daß ich kein türkisch kann. Es kann damit anfangen, daß man erstmal mitmacht. Das könnte ein neuer Beginn einer gemeinsamen politischen Arbeit sein.

C.: Türkische Faschisten mit ihren Cafés und Buchläden gibt es in Kreuzberg en masse. Wenn wir ehrlich sind, wissen wir durchaus einiges.

U.: Ich ziehe den Vergleich mit dem Café Germania, was da an Veröffentlichungen gelaufen ist. Allein in der Oranienstraße sind einige Handvoll faschistische und fundamentalistische Läden, da macht niemand was. Selbst direkt um das SO 36 herum sind Moscheen, die trauen sich nicht, dagegen anzugehen, aus Angst, Streß zu bekommen.

Es ist eine Frage, wie ernst du deinen Kampf nimmst. Ich habe deutsche und türkische Faschisten, die mir aufs Maul hauen können. Damit muß ich umgehen. Du hast das nur mit deutschen Nazis.

N.: Das ist jetzt wieder eine moralische Position. "Doppelt bedroht" ist nicht grundsätzlich schlimmer.

U.: Das ist wieder die linke Position, sein Privatleben aus der Politik rauszuhalten und sich nicht zu gefährden.

N.: Beim Café Germania ging es um eine klare Strategie. Das sollte ein Kristallisationspunkt der Nazis hier werden. Der mußte verhindert werden. Aber wenn ich so ne x-beliebige Kneipe, wo überwiegend fundamentalistische Leute verkehren, sehe, muß man gucken, ist das nur irgendeine Kneipe, oder ist die wichtig für ihre Organisierung. Wo die MHP sitzt, wissen schon viele.

C.: Selbst das stimmt nicht, ich weiß das auch nicht.

N.: Wenn ich die vielen türkischen Jugendlichen sehe mit ihren Kettchen mit türkischen Halbmond, sind das nun Faschisten? Ich kann das nicht einordnen, wo sind da die Grenzen. Ich muß da noch einiges lernen.

C.: Es wäre schön, wenn der MHP das Leben schwer gemacht wird, nicht nur von türkischen/kurdischen Linken, sondern auch von Antifas und Autonomen. Damit die türkischen Faschisten sich auch vor "uns" in acht nehmen müssen und ihnen noch mehr praktischer Widerstand entgegentritt. Nur ist das eigentlich schon seit 20 Jahren klar, und es läuft die ganze Zeit fast nichts von deutscher Seite.

Zu den Personen:

U. ist türkische Feministin

N. ist deutschsprachiger Antifa, der nicht "deutsch" genannt werden will

B. ist links organisierte Türkin

L. ist autonome Feministin (deutsch)

H. ist türkischer Linker

C. ist deutscher Alt-Autonomer

Veranstaltung gegen türkische Faschisten in der BRD mit dem Autor des Buches "Graue Wölfe heulen wieder" Fikret Aslan. Am Montag, den 25. Januar, um 19 Uhr im Ex. Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin-Kreuzberg

---

Graue Wölfe heulen wieder



Diskussionsveranstaltung mit Fikret Aslan

(Autor des gleichnamigen Buchs)

geplant ist darüber hinaus eine Fotoausstellung über die MHP – Organisationen und eine Filmvorführung

am 25. Januar 1999
im Ex Gneisenaustr. 2a
um 19.00 Uhr

Informationsveranstaltung über „Graue Wölfe heulen wieder"

Anläßlich der Europäisierung der kurdischen Frage beleben die türkischen Nationalisten ihre Front auch in Europa/BRD. Diese Front reicht von den sogenannten Sozialdemokraten, den Fundamentalisten bis zu den Faschisten (MHP, Graue Wölfe). In mehreren Städten der BRD (auch in Berlin) demonstrierten sie geschlossen mit Massen von türkischen Fahnen, Fahnen der MHP (drei Halbmonde) und dem Grauen-Wolf-Zeichen ihren Haß und strikte Ablehnung der politischen Lösung der kurdischen Frage. Die Anwesenheit Öcalans in Italien und seine geforderte Auslieferung sind ein willkommener Anlaß.

Der türkische Staat fördert mittelbar wie unmittelbar die Präsenz der nationalistischen Front (nicht nur auf den Straßen) in Europa. Ex-Premierminister M. Yilmaz forderte die Türken in Europa auf zu demonstrieren: Die Türken sollen die Staßen in Europa nicht den Kurden überlassen. Das ist gleichzeitig als ein Aufruf zur Gewalt gegen alle demokratischen, linken und kurdischen Menschen zu verstehen.

Die MHP und ihre Grauen Wölfe profitieren am meisten von dieser Atmosphäre des Hasses und der Gewalt. Ihr geübter Auftrag, gesellschaftliche Probleme im Interesse der Herrschenden mit Einschüchterung, Liquidierung und Terror auszuschalten, wird gesellschaftlich legitimiert. Die MHP ist eine staatlich geförderte Kontra-Guerilla-Organisation, auf deren Konto zehntausende Morde gehen. Die Verfilzung der Mafia, Faschisten und des Staates ist ein offenes Geheimnis, vor allem seit dem historischen Autounfall in Sursuluk.

Auch in der BRD ist die MHP für zahlreiche Hetzkampagnen und Morde verantwortlich. Im Unterschied zu den Neonazis sind die türkischen Faschisten sowohl in der Türkei als auch in der BRD eine salonfähige Kraft, die eine Akzeptanz durch andere türkisch national gesinnte Kreise genießt.

Um ausführlichere Informationen zum Hintergrund des Themas „MHP in der BRD" vorzutragen und darüber diskutieren zu können, laden wir Euch zu der Veranstaltung mit dem Referenten Fikret Aslan (Autor des neuerschienen Buches „Graue Wölfe heulen wieder") ein. Bei der Diskussion wollen wir uns insbesondere der Frage widmen, warum deutsche AntifaschistInnen sich nicht an Aktionen gegen den türkischen faschistischen Mob aktiv beteiligen.

Frohes neues Jahr!

Der "Verlag der Freunde" existiert seit 1993. Initiatoren und Betreiber sind Andreas Röhler und Peter Töpfer. Mit ihrer unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift "Sleipnir" (der Name bezeichnet das achtbeinige Pferd Odins in der germanischen Mythologie) bieten sie sowohl Geschichtsrevisionisten wie Oberlercher, Thion und de Lagarde, als auch offen bekennenden Nazis wie Worch und Hupka ein Forum. Zweck der Publikation ist der "Brückenschlag" zwischen Rechts und Links. Der Verlag vertreibt und verlegt Nazibücher, -tonträger, -bildbände usw.

Daß die Bemühungen der Betreiber, linke Positionen zu verwässern und diese für rechte, nationalrevolutionäre Propaganda nutzbar zu machen, nur vereinzelt Erfolge hat, macht die Querfrontstrategie, die dahintersteht, nicht ungefährlicher. Jüngste Beispiele: die Debatte im "Neuen Deutschland" - "Wie nationalistisch muß die Linke sein?", angeschoben von Roland Wehl, Autor der nationalrevolutionären Zeitschrift "Wir selbst".
Oder auch der immer wieder unsägliche Michael Koth, dessen Karriere über FDJ, SEW, KPD/ML....darin gipfelte, daß er Werbung für "Sleipnir" und die Sache der Nazis zu seiner machte.

Wir haben dem "VdF" einen Besuch abgestattet. Folgendes konnten wir sicherstellen:

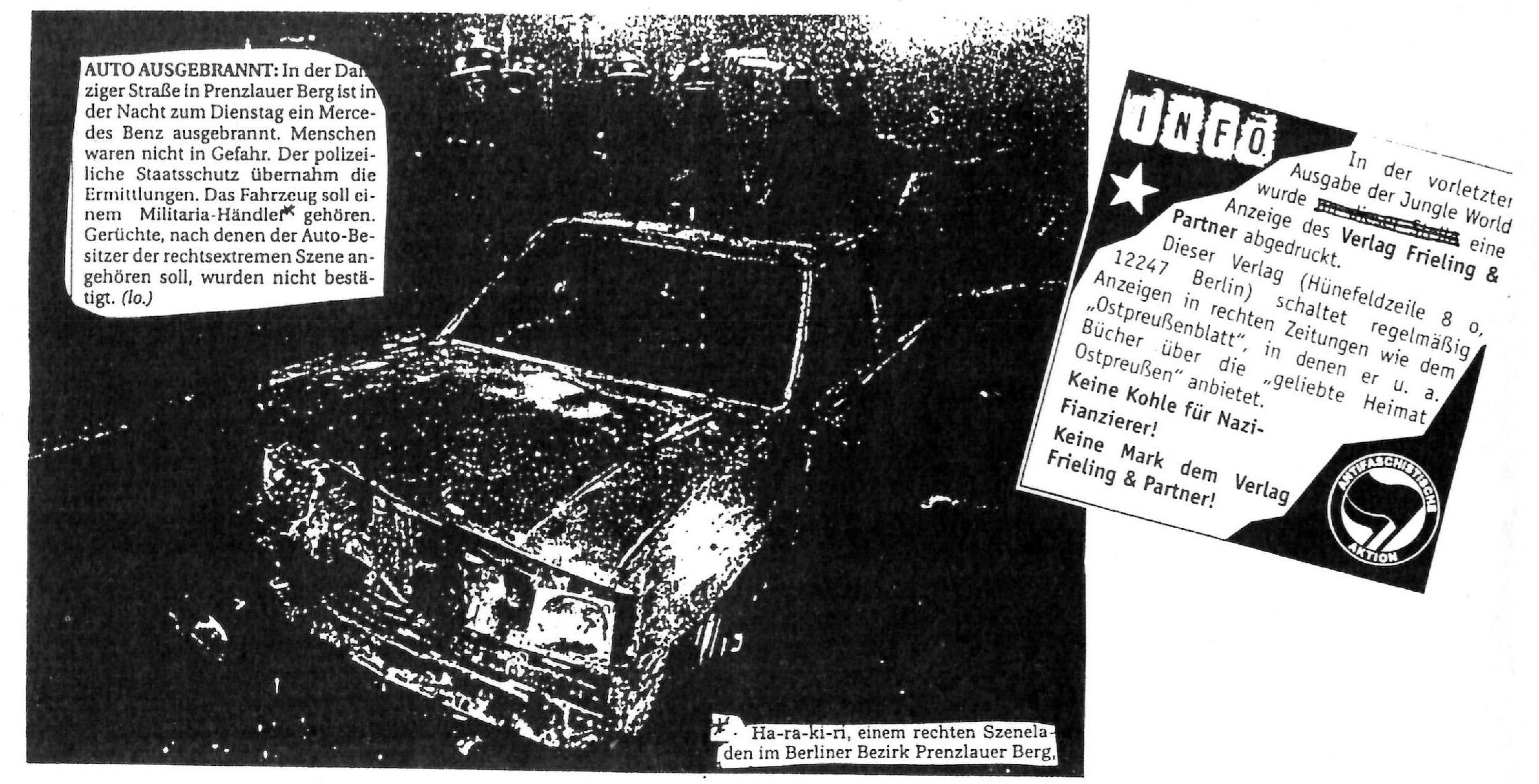
- die Abonnentenliste der "Sleipnir", Stand 31.12.,
- Adreß- und Telefonlisten,
- umfangreiche Briefwechsel - zB mit Gary Lauck, Christian Worch..
- Hunderte von Artikeln, Aufsätzen und Briefen etc
- z.T. verbotene Nazipropaganda (CDns, Videos etc)

Das gefundene Material übertrifft alle unsere vorherigen Erwartungen. Es wird noch eine Weile dauern, bis wir alles ausgewertet und den zuständigen Stellen übermittelt haben. Wir denken, es gibt ein paar Leute, die sich schonmal graue Haare wachsen lassen sollten.

Ein paar Sachen in den Büroräumen sind kaputtgegangen.
Wir hoffen, es tut weh.
Nichts, aber auch garnichts haben unsere Wege, Ziele und Träume mit denen der Nazis gemeinsam.

Autonome Antifa





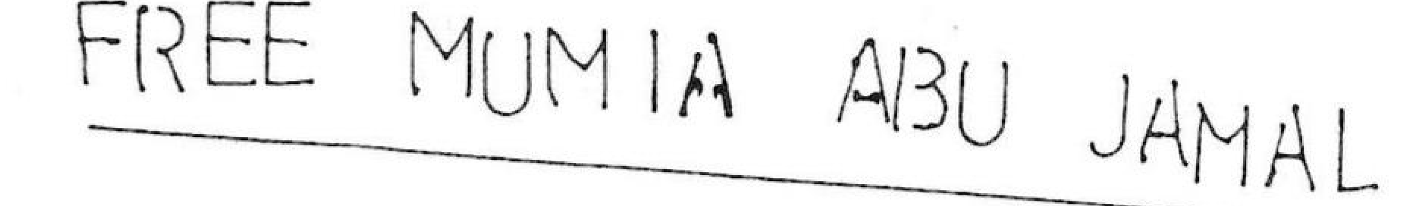
AUTO AUSGEBRANNT: In der Danziger Straße in Prenzlauer Berg ist in der Nacht zum Dienstag ein Mercedes Benz ausgebrannt. Menschen waren nicht in Gefahr. Der polizeiliche Staatsschutz übernahm die Ermittlungen. Das Fahrzeug soll einem Militaria-Händler* gehören. Gerüchte, nach denen der Auto-Besitzer der rechtsextremen Szene angehören soll, wurden nicht bestätigt. *(lo.)*

*· Ha-ra-ki-ri, einem rechten Szeneladen im Berliner Bezirk Prenzlauer Berg.

Free Mumia Abu Jamal

Als Beitrag zu der bundesweiten Kampagne zur Freilassung vom Mumia Abu Jamal haben wir in Frankfurt/Main den US-Komzern Hertz-Autovermietung Besucht. Am 16. und 26. December haben wir jeweils einen LKW der Firma abgefackelt.
Wir sehen den Kampf für das Leben und die Freiheit vom Mumia als Widerstand gegen eine rassistische Klassenjustiz, die für die Interessen der Herrschenden über Leichen geht.

Internationale Solidarität!!
Gruppe "Hart aber Her(t)zlich"



GLASBRUCH BEI CITIBANK
IN FRANKFURT/M.

WERDET AKTIV
VERHINDERT DIE HINRICHTUNG

8.12.1998


HAMBURGER MORGEN POST

30 Beamte trafen auf 15 Chaoten – keiner gefaßt! 3 Peterwagen kaputt

Dieser Polizist war im Schanzen-viertel

Ein Beamter verletzt, zwei mit Farbe übergossen, drei demolierte Polizeifahrzeuge - die Bilanz von Krawallen an der Schanze in der Nacht zum Sonnabend. Dabei hätten die Ordnungshüter eigentlich „gewinnen" müssen: 30 Beamte standen 15 Angreifern gegenüber, doch die waren schneller und entkamen. Seiten 8/9

129 216 437 526 562 589 594 686 755 935 Advents-Mopeln

Diese Woche 10 000 Mark! Wie's geht - Seite 15

METALLICA Garage Inc. Doppel-CD 39.99 DM

METHOD MAN

3 Tore Yeboah erlöst den HSV
K'lautern - Schalke 4:1
Sport ab Seite 46

Mick Jagger 300-Mio.-Scheidung - weil Luciana ein Baby bekommt?
Seiten 58/59

in der nacht 23./24.12. haben wir in der dänenstraße im prenzlauer berg einen leichten brandsatz getestet. gegenkandidat war ein hochwertiger bonzenwagen der marke AUDI. das elitäre statussymbol erwies sich dabei als nicht sehr feuerfest. die aktion richtet sich gegen die ständigen verdrängungskampagnen der besitzenden, gegen die national imperiale politik von vw und spd, gegen die, die sich mit diesen statussymbolen schmücken und somit den kapitalismus mit all seinen faschistischen auswirkungen unterstützen und fördern und gegen das persönliche sicherheitsgefühl des einzelnen bonzen.

autonome miliz



Am 23. Januar 1999 will die NPD ihren Bundesparteitag in Mulda bei Freiberg abhalten. Wir wollen ihn verhindern!

Seit 1993/94 Innenminister Kanther zur Verschleierung nationalistischer und rassistischer Politik der damaligen Bundesregierung, einige faschistische Parteien und Organisationen verboten hatte, entwickelte sich die NPD zum Sammelbecken der militanten Rechten. Ausdruck des Organisierungsgrades der NPD ist die Tatsache, daß sie 1997/98 eine Reihe von Demonstrationen mit über 1000 Teilnehmern durchführen konnte. Über diese versucht die NPD sich zunehmenden das Image einer "normalen" bürgerlichen Partei zu geben, um sich für noch mehr Deutsche wählbar zu machen. Dabei kann sie sich auf deren bereits vorhandene rassistische und nationalistische Gesinnung verlassen. Der rechte Konsens in der deutschen Bevölkerung ist es, der das erstarken rechter Parteien wie der NPD ermöglicht hat. Die "neue Mitte", das WählerInnenklientel von Rotzgrün, mit seinem vorgeblichen sozialen Touch aber auch die Parteien der rechtskonservativen Regierung Kohl haben heute in ihrer Programmatik Ziele gesteckt, die noch in den 80er Jahren alleine den rechten Parteien überlassen waren. Schröders Pragmatismus der Beliebigkeit liefert mittlerweile sogar den rechten Parteien Argumente, wenn er lautals verkündet "kriminelle Ausländer abschieben" lassen zu wollen.

Das Ergebnis dieser Entwicklung ist die zunehmende Gefährdung des Lebens und der Gesundheit von MigrantInnen und allen Menschen, die nicht in das rassistische Weltbild der deutschen Normalität passen.

Eine der politischen Strategien der NPD ist die Schaffung "national befreiter Zonen". Die Erlangung der kulturellen Hegemonie in diesen Zonen wird durch regionale staatliche Institutionen regelrecht befördert. Es wird entweder das Vorhandensein rechter Strukturen überhaupt geleugnet, oder mittels des Konzeptes der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen tatsächlich die Basis für die Organisierung neuer Strukturen geschaffen. In Zentren akzeptierender Jugendarbeit findet auch die Rekrutierung neuer Nazikader statt. Daneben errichtet die NPD eigene nationale Jugendzentren, wie z.B. in Wurzen, wo sie ungestört von staatlichen Sozialarbeitern Nachwuchsarbeit leisten kann.

Der Staat entpolitisiert das Problem des Rechtsextremismus in dem er es auf die Gewaltfrage reduziert. Das gewollte Resultat ist eine formelle Gleichsetzung der menschenverachtenden Nazi-Ideologie mit linken Politikansätzen. So wird zudem ein Bild des Staates nach außen vermittelt, welches eigene großdeutsche Politik und eine Hegemonialrolle der BRD im zu schaffenden "Europa der Völker" stützt.

Die staatlichen Represssionsorgane übernehmen immer mehr die Rolle des aktiven Schutzes von Nazis. In Saalfeld, Leipzig, Rostock und anderswo wurden AntifaschistInnen von den Bullen verprügelt und eingeknastet, weil sie Naziaufmärsche verhindern wollen. Das jüngste Beispiel ist Mittweida, wo nach einem Überfall von Nazis auf ein alternatives Wohnprojekt nicht etwa die Angreifer, sondern die zu Hilfe eilenden Antifas festgenommen wurden.

Die gleichgeschalteten Medien hierzulande verschweigen Mord- und Brandanschläge von Nazis. Wenn sie überhaupt eine Meldung wert sind, dann meistens nur als "Einzeltaten" irregeleiteter Jugendlicher, die sowieso nur zuwenig Lehrstellen und Jugendclubs haben.

Die NPD ist letztlich Nutznießer dieser Politik. In Mulda will sie ihre weiteren Strategien planen. Der sächsische Ort ist dabei nicht zufällig für den Parteitag ausgewählt worden. In Sachsen hat die NPD den stärksten Landesverband. Hier finden 1999 sowohl Komunal- als auch Landtagswahlen statt. Man erhofft sich den Wahlerfolg, der in Mecklenburg-Vorpommern noch ausgeblieben ist.

Bündnis gegen Rechts Leipzig



Lassen wir den NPD Parteitag nicht zu! Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!

Zur Vorbereitung der Antifaaktionen wird es **zwei bundesweite Vorbereitungstreffen** geben:

Sa., 9.1.1999, 14.00 Uhr im AZ Barrikade und
Sa., 16.1.1999, 12.00 Uhr im AZ Barrikade.

Über das AZ Barrikade könnt Ihr auch den "offiziellen" Aufruf und ein Plakat bestellen. Für den **23.1.1999** wird in den nächsten Tagen eine **Demonstration unter dem Motto "Kein Frieden mit Nazis"** angemeldet, die am geplanten Veranstaltungsort der NPD vorbeigehen wird (was in dem 1.400-Seelen-Dorf zwangsläufig so ist).

Die Adresse des **AZ Barrikade:**
Münzbachtal 118, 09599 Freiberg.

Weitere Infos erhaltet Ihr jeden **Di. & Fr. von 18-20 Uhr** unter dem Infotelefon: **0177-2099251**. Außerdem könnt Ihr das Leipziger Antifa-Infotelefon (0341-9405407) abhören, welches regelmäßig auf den aktuellen Stand gebracht wird.



Frankreich

Arbeitslose bedienten sich in Nobel-Kaufhaus

PARIS, 1. Januar (dpa). Die Proteste von Arbeitslosen in Frankreich haben auch zum Jahreswechsel angedauert. Bei der spektakulärsten Aktion im Pariser Nobel-Kaufhaus Galeries Lafayette bedienten sich etwa 100 Demonstranten in der Lebensmittelabteilung mit Luxusgütern und verschwanden, ohne zu bezahlen. Der Abteilungsleiter Arnaud Duverger berichtete, sie hätten in etwa 20 Einkaufswagen unter anderem Champagner-Flaschen für je 2000 Francs und Schinken für 3000 Francs pro Stück eingepackt.

Während der einstündigen Aktion habe es keine weiteren Zwischenfälle gegeben, hieß es. Man habe keine Polizei geholt, um den Geschäftsbetrieb nicht zu stören. Der Kaufhaus-Manager zeigte sich irritiert, daß die Arbeitslosen Luxusprodukte und nicht Güter des Grundbedarfs für sich und ihre Kinder mitgenommen hätten.

Auch in anderen französischen Städten protestierten Arbeitslosen- und Sozialinitiativen. In Marseille besetzte eine Gruppe zeitweilig die Verwaltung von Sozialwohnungen. In einem Vorort von Bordeaux drangen Demonstranten ins Rathaus ein.

Auch in Hamburg schichteten rund 40 vermummte Punker eine Straßenbarrikade auf und gingen mit Steinen und Böllern auf Polizeibeamte los. Während eine halbe Million Menschen auf den Champs-Elysées in Paris ausgelassen ins neue Jahr feierten, zündeten Jugendliche in mehreren Departements Dutzende von Autos an. Zu den Ausschreitungen kam es meist in Vorstädten mit einem hohen Anteil von Arbeitslosen und Zuwanderern. Im Elsaß in Frankreich wurden die Silvesterfeiern ebenfalls von Jugendkrawallen überschattet. 60 Autos wurden in Brand gesteckt.

Straßenschlacht: Militante planen Gewaltaktionen im Kampf gegen AKWs

Angriffsziel Atomindustrie: Extremisten drohen mit neuer Taktik

Radikale rüsten zum Kampf

Militante Mitglieder sogenannter autonomer Gruppen wollen in Zukunft ihre gewalttätigen Angriffe auf Atomtransporte in Deutschland verstärken. Nach Erkenntnissen mehrerer Landesämter für Verfassungsschutz planen die Extremisten außerdem gezielte „dezentrale Aktionen" gegen kommunale Energieversorger. Mit dieser Taktik, so heißt es in einer internen Gefahrenanalyse, sollten die Unternehmen von einem „eventuellen Veto" gegen Beschlüsse zum Ausstieg aus der Atomenergie abgehalten werden.

Die Polizei ist gewarnt. Auf einem mehrtägigen Treffen der Anti-Atom-Initiativen Ende Oktober in Berlin ortete der Staatsschutz unter den rund 300 Besuchern zahlreiche Linksextremisten, die den geplanten Einsatz von Gewalt ganz offen als notwendig und legitim darstellten.

Die Anti-Atomkraft-Szene soll nach Plänen der Militanten in Zukunft stärker als bisher in den Untergrundkampf für ein anderes politisches Gesellschaftssystem eingebunden werden.

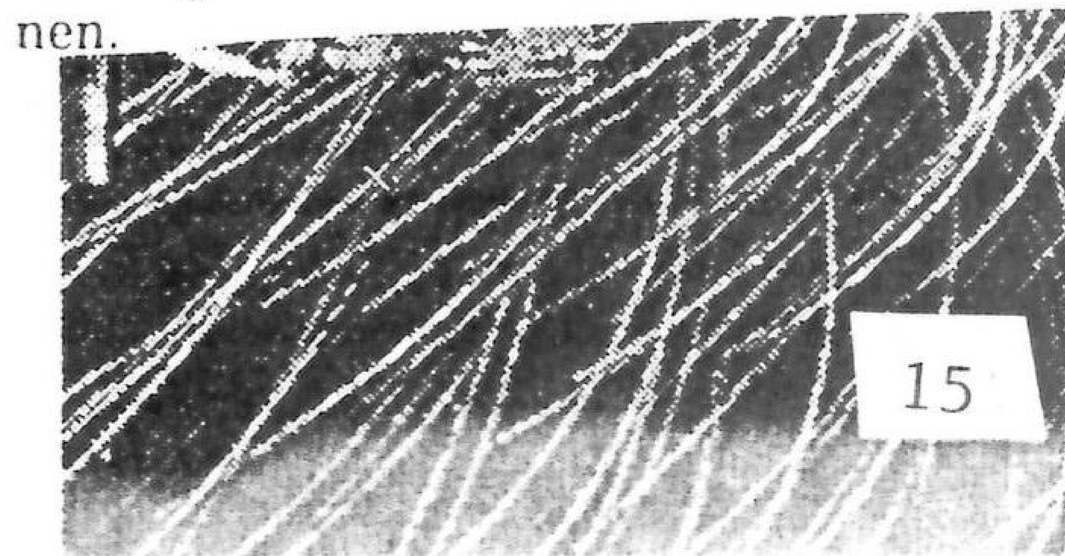
Die Radikalen und Krawallmacher profitieren dabei möglicherweise von der derzeit gedrückten Stimmung in den eigenen Reihen: Ein Großteil der AKW-Gegner, so die Verfassungsschutz-Analyse, sei über die Bonner Pläne zum schrittweisen Ausstieg aus der Atomenergie bitter enttäuscht.

Randale in Leipzig

Auch in Leipzig wurde es unruhiger als erwartet: Nach einer zunächst friedlichen Demonstration von rund 200 Jugendlichen in der Leipziger Innenstadt lieferten sich etwa 30 Linksradikale eine Straßenschlacht mit der Polizei. Polizeisprecher Günter Pusch sprach am Neujahrsmorgen von sechs verletzten Beamten und drei demolierten Polizeiwagen.

Rund 300 Polizisten hatten zwischen 22 Uhr und Mitternacht den Protest der Jugendlichen unter dem Motto „Total linksradikal ins neue Jahr — nichts wird mehr sein, wie es früher war" begleitet. Die Beamten hätten lediglich drei Demonstranten festgenommen, berichtete Pusch — einen, weil er gegen ein Polizeiauto getreten habe, zwei weitere, weil sie die Fahrzeuge mit Flaschen beworfen hätten.

Eine halbe Stunde nach dem Jahreswechsel hätten dann aber rund 30 Jugendliche im Stadtteil Connewitz Barrikaden aus Müllcontainern gebaut und sie angezündet, sagte Pusch. Außerdem schlugen sie die Scheiben einer Sparkasse und eines Geschäfts ein und plünderten Schnaps und Zigaretten. Als daraufhin die Polizei mit großem Aufgebot und auch einem Wasserwerfer anrückte, bewarfen die Jugendlichen die Beamten mit Steinen.



UNTERSTÜTZT DIE KURDISCHEN FLÜCHTLINGE IN DER GEMARKER KIRCHE!

DEMO 16.1.99 WUPPERTAL

Zuflucht für die kurdischen Flüchtlinge in Wuppertal

Seit dem 22.11.98 suchen 27 kurdische Flüchtlinge Zuflucht in der Gemarker Kirche (City-Kirche Barmen) in Wuppertal. Sie haben sich zu diesem Schritt entschlossen, da ihre rechtlichen Möglichkeiten, eine Abschiebung in die Türkei zu verhindern, ausgeschöpft waren. Ziel der Flüchtlinge war es von Anfang an, für die gesamte Gruppe ein Bleiberecht, sowie einen Abschiebestopp für alle kurdischen Flüchtlinge zu erreichen. Das Presbyterium der Gemarker Kirche hingegen hat eine Zustimmung der Flüchtlinge zu einer Einzelfallprüfung zur Bedingung für eine Aufnahme in ein „klassisches" Kirchenasyl gemacht. Dazu die KurdInnen selbst: „...die Unterdrückung und Verfolgung der KurdInnen in der Türkei ist kein individuelles Einzelschicksal, sondern betrifft die kurdische Bevölkerung als „ethnische" Gruppe. Einzelfallprüfung wie sie an uns vom Kirchenkreis Barmen heran getragen wurden, führen zu einer Individualisierung eines gesellschaftlichen Problems. Auch wenn wir diese Absicht dem Kirchenkreis Barmen in keinster Weise unterstellen, wird dies aller Wahrscheinlichkeit nach die unabwendbare Folge der Einzelfallprüfung sein. (..hätten Einzelfallprüfung eine Chance auf Anerkennung, so wären bereits gestellte Asylanträge nicht abgelehnt worden. Davon kann man solange nicht ausgehen, wie die systematische Verfolgung der KurdInnen als ethnische Gruppe in der Türkei nicht als Grundlage für die politischen und rechtlichen Entscheidungen geltend gemacht wird. (...)" (aus der Erklärung der kurdischen Flüchtlinge vom 19.12.98). Eine Annahme der Einzefallprüfung würde unweigerlich zur Abschiebung des Großteils der Flüchtlinge führen.

KEINE ABSCHIEBUNG IN DEN FOLTERSTAAT TÜRKEI!

Der politische Kampf für ein Bleiberecht in Deutschland ist entstanden aus einer verzweifelten Situation, in der tausende kurdischer Menschen kein Asyl bekommen, aber auch nicht in die Türkei zurück gehen können. Mit Beginn des Befreiungskampfes vor 14 Jahren, wurde der Krieg gegen die kurdische Bevölkerung weiter verschärft. Seitdem verloren mehr als 50.000 Menschen ihr Leben, 3700 Dörfer wurden vom türkischen Militär zerstört. Etwa 4.000.000 KurdInnen mußten aus ihren Dörfern fliehen oder wurden zwangsumgesiedelt. Trotz vieler kurdischer Initiativen zu einer friedlichen Beilegung des Konflikts beharrt die türkische Regierung auf die Fortsetzung des Krieges. Extralegale Hinrichtungen und Folter sind weiterhin an der Tagesordnung. Diese Situation ist weltweit bekannt und auch in den Lageberichten des BRD-Außenministeriums aktenkundig, dennoch werden täglich KurdInnen abgeschoben. Teil einer politischen Lösung müßte in der Neubewertung der Menschenrechtsverletzungen in der Türkei und einem daraus folgenden Bleiberecht für alle kurdischen Flüchtlinge liegen.

Die Türkei versucht schon seit längerem, in die Europäische Union aufgenommen zu werden, dies wird ihr aber verwehrt, begründet durch die permanenten Menschenrechtsverletzungen in ihrem Land. Trotzdem gewähren Deutschland und andere europäische Staaten der türkischen Regierung nach wie vor militärische, wirtschaftliche und politische Unterstützung.

Anerkennung der KurdInnen als Bürgerkriegsflüchtlinge!

Durch die faktische Abschaffung des Asylrechts 1993 einerseits und die Abschottung der „Festung Europa" mit dem Schengener Abkommen andererseits gibt es für Flüchtlinge kaum noch eine juristische Möglichkeit (qua „Asylrecht"), dauerhaft eine Zuflucht in Deutschland zu finden. Für alle Illegalisierten in der BRD - nicht nur für die kurdischen Flüchtlinge - muß eine politische Lösung erreicht werden. Es ist unerträglich und nicht hinnehmbar, daß in der BRD schätzungsweise 400.000 illegalisierte Menschen versteckt, z.T. auch in Obdachlosigkeit und in permanenter Angst vor Abschiebung in Armut, Hunger, Folter und Tod, leben müssen.

Als am 21.1.1998 20 kurdische Flüchtlinge in der Antoniterkirche in Köln aus der Illegalität auftauchten und ihren politischen Forderungen nach einem Abschiebestopp in die Türkei Ausdruck verliehen, wurde der Anfang für das Wanderkirchenasyl gemacht. Die Zahl der Flüchtlinge wuchs bis zum Sommer diesen Jahres auf 230 Flüchtlinge und 70 zufluchtgewährende Gemeinden in NRW schlossen sich der Aktion an. Die Gruppen werden in jeder Kirche für ca. 4-6 Wochen beherbergt und in Zusammenarbeit mit der Kampagne „kein Mensch ist illegal" in ihren politischen Forderungen unterstützt. Im Sommer wurde die Aufnahme neuer Flüchtlinge gestoppt, d.h. es konnten keine neuen Flüchtlinge mehr ins Wanderkirchenasyl aufgenommen werden. Aber täglich tauchen neue illegalisierte Menschen auf, die sich an der Aktion beteiligen wollen, die sich nicht mehr mit ihrem Schicksal abfinden. Damit ergab und ergibt sich die Notwendigkeit, sich um neue Aktionsformen zu bemühen und illegalisierten Flüchtlingen - wie denen, die jetzt in Wuppertal Zuflucht gesucht haben - zu helfen.

NACHAHMUNG ERWÜNSCHT!!!

Deshalb wollen wir alle Menschen und Gruppen ermutigen, zufluchtsuchenden Flüchtlingen in ihrer Stadt beim Auffinden geeigneter Kirchen oder anderer Zufluchtsstätten zu helfen und sie dort konkret zu unterstützen. Eine Ausweitung auf weitere Städte in NRW und andere Bundesländer kann der Aktion Kraft geben und den politischen Druck auf die verantwortlichen PolitikerInnen erhöhen. Die Bewegung der illegalisierten Flüchtlinge in Frankreich, die „sans papiers", hat in der Vergangenheit immer wieder Kirchen besetzt, um auf ihr Schicksal und ihre Forderungen öffentlich aufmerksam zu machen. Dies geschah mit großer Unterstützung und Anteilnahme durch Teile der Bevölkerung, Intellektuelle, Parteien und Gewerkschaften. Auch wenn die Situation in der BRD mit jener nicht unbedingt vergleichbar ist, so haben die „sans papiers" doch gezeigt, daß eine Ausweitung der Aktionen der Flüchtlinge, die gegen ihre Illegalisierung kämpfen, die Regierenden zu Zugeständnissen zwingen kann. Nur so sind wir - Flüchtlinge und UnterstützerInnen - in der Lage, eine politische Lösung des Problems zu erreichen.

Am 16. 1. wollen wir in Wuppertal gemeinsam mit den illegalisierten Flüchtlingen aus Wuppertal und dem Wanderkirchenasyl demonstrieren, um ihre Forderungen nach einem Bleiberecht und einem menschenwürdigen Leben lautstark in die Öffentlichkeit zu bringen.

die Flüchtlinge in der Gemarker Kirche:

Musa Dizlek, Mehmet Kilic, Cemal Mustu,
Ali Osoy, Esme Biryar
Güllü und Salman Dinckurt mit 2 Kindern
Zöhre und Ali Karabilal mit 3 Kindern
Tülay und Hayrullah Soguksu mit 2 Kindern
Hatice und Hüseyin Uztopal mit 2 Kindern
Sultan und Zeynel Akol mit 3 Kindern

Auftakt 12 Uhr
Mahnmal zur bekennenden Kirche
Wuppertal - Barmen
Am Werth, Fußgängerzone, Nähe Gemarker Kirche

kein mensch ist illegal

Sonstige Termine:

15.1.99
abends, Wuppertal, Ort N.N.
Veranstaltung mit Madjigene Cissé von den Sans Papiers aus Frankreich

23.1.99
11 Uhr, Rudolfplatz, Köln
Aktionstag: das Wanderkirchenasyl kämpft seit einem Jahr für ein Bleiberecht



Zu der Demo rufen auf: Die Flüchtlinge in der Gemarker Kirche, Unterstützungsplenum für Kirchenzuflucht, kein Mensch ist illegal (Wuppertal, Dortmund, Bochum, Köln, Düsseldorf, Aachen, Bielefeld), Antifa KOK (Düsseldorf), Autonome Antifa Wuppertal, Anti-Atom Gruppe Bergisches Land, PDS Wuppertal, Robin Wood Ortsgruppe Wuppertal, StudentInnen der kirchlichen Hochschule, AStA der BUGH Wuppertal, Projekt „Offene Frauenhochschule", Ökumenisches Netzwerk Asyl in der Kirche NRW, Plenum gegen Rassismus (Bochum), Junge Linke (Wuppertal), Bundesvorstand JungdemokratInnen

Konto: Freie Medien e.V. -Konto-Nr. 47 08 34-437 - Postbank Essen - BLZ 360 100 43 - Stichwort::„Kirchenzuflucht"

Anti-WEF-Demo, 30. Januar 1999, Davos-Dorf, Parsenn Talstation, 16.00 Uhr

Top Exploitation

Kurdistal

Val Chiapas

Pin-O-Chet

Rot-Schwarz-Horn

Ende Januar 1999 findet unter massiven Sicherheitsvorkehrungen das 29. 'World Economic Forum' Davos statt. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit treffen sich hier im ruhigen Hinterland 2000 selbsternannte 'global leaders for tomorrow' aus Wirtschaft, Politik, Medien und Wissenschaft, um über die Köpfe der Betroffenen hinweg ihre 'Neue Weltordnung' auszuhandeln. In der entspannnten Atmosphäre des Winterkurorts werden informelle Kontakte zwischen Wirtschaftslobby und Politmanagement geknüpft, milliardenschwere Ausbeutungsprojekte eingefädelt und weitreichende Entscheide vorbereitet. War das World Economic Forum bei seiner Gründung 1971 lediglich ein Managementseminar unter vielen, so gehört es mittlerweile zu den wichtigsten Denkfabriken des kapitalistischen Nordens. Vom Hauptsitz in Genf aus wird ein ganzes Netz von regionalen und internationalen Treffen organisiert.

Globalisierung, Liberalisierung und Privatisierung sind die Strategien mit denen der reiche Norden in den letzten zehn Jahren seine ökonomische Herrschaft weiter ausgebaut hat. Sie sollen den Multis der Industrienationen und dem internationalen Kapital unbeschränkten Zugriff auf die weltweiten Ressourcen garantieren. Die vom WEF organisierten privaten Treffen leisteten einen wichtigen Beitrag zum 'Erfolg' dieser Politik. Die Durchsetzung einer schrankenlosen Marktlogik wie sie etwa die Welthandelsorganisation WTO betreibt, gehen Hand in Hand mit verschärfter Ausbeutung und Entrechtung und der Demontage von sozialen und ökologischen Auflagen. Ergänzt wird dieses Szenario durch IWF und Weltbank, welche ihre Kredite mit der Einhaltung übler Strukturanpassungsprogramme verknüpfen. Für Millionen Menschen sind dies wahre Horrorszenarien: Vertreibungen, Hunger, Elend und Krieg.

Weltweit wehren sich jedoch unzählige Menschen und Organisationen für ihre Rechte, Land und Freiheit. Parallel zu den immer häufigeren Gipfeltreffen finden auch Widerstandsmobilisierungen statt. Schon seit einiger Zeit laufen zum Beispiel die Vorbereitungen für internationale Aktionstage gegen den EU-Gipfel und das G8-Teffen vom nächsten Juni in Köln. Auch für Davos wird nicht zum ersten Mal zu Protesten aufgerufen. 1994 wurde gegen den Krieg in Chiapas und die Anwesenheit einer Delegation aus Mexiko protestiert; kurdische Leute demonstrierten wiederholt gegen türkische Regierungsvertreter. Bei der Kundgebung letztes Jahr standen die Kampagnen gegen die Welthandelsorganisation WTO und zur Freilassung des chilenischen Flüchtlings Patricio Ortiz im Zentrum. Den Verelendungsspezialisten, Kriegstreibern, Profiteuren und Massenmördern in Davos wollen wir zumindest einen Tag die gewohnte Ruhe vermiesen. Drum: Auf nach Davos!

MEGAFON SONDERAUSGABE
Hintergründe zum WEF
ab Jan. 99 erhältlich in allen Infoläden

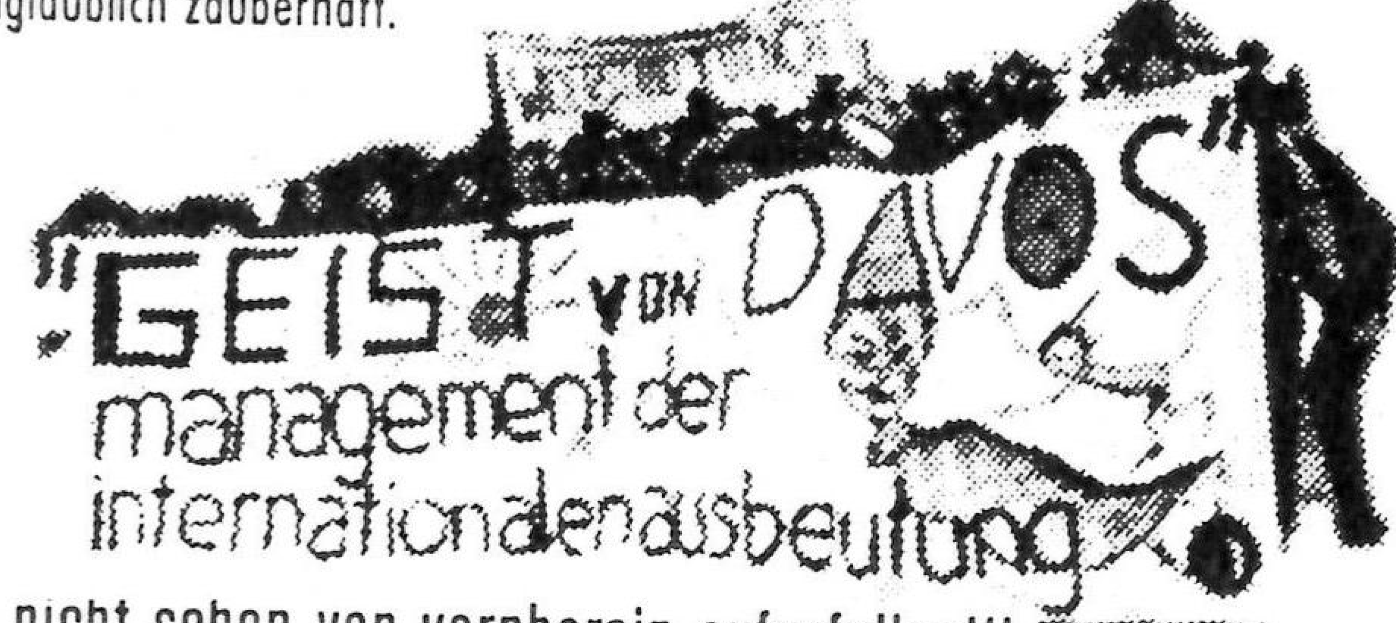
Davos Dorf

Auf nach Davos! Stürmen wir die Gipfel!

Anti-WEF-Demo, 30. Januar 1999, Davos-Dorf, Parsenn Talstation, 16.00Uhr

Anreise individuell und unbedingt in Wintersportausrüstung - um nicht schon von vornherein aufzufallen!!!
PS: Letztes Jahr war das Wetter unglaublich zauberhaft.





Anreise individuell und unbedingt in Wintersportausrüstung - um nicht schon von vornherein aufzufallen!!!
PS: Letztes Jahr war das Wetter unglaublich zauberhaft.

IB INS KLO • FLÜCHTLINGE BLEIBEN - BONZEN VERTREIBEN • EL PUEBLO UNIDO JAMAS SERA VENCIDO • KEIN MENSCH IST ILLEGAL • ¡NO PASARAN! • ASYL FÜR PATRICIO • FREIHEIT FÜR ALLE GEFANGENEN • STOP DEM KRIEG IN CHIAPAS • WEF - MÖDERTF

TATblatt +108

Müde Euromarsch-Demo

Im Vorfeld waren noch 5.000 DemoteilnehmerInnen erwartet worden, schließlich seien es in Amsterdam 50.000 gewesen. Mit noch weniger TeilnehmerInnen als jede "Sozialabbaudemo" und einer weitgehenden Absenz irgendeines gesellschaftlichen Umfelds wanderte dann eine lahme Demo vom Westbahnhof zur Oper. Nach Ablauf der Demo kann nur ein Schluß gezogen werden: daß bei der nächsten ähnlich organisierten noch weniger Leute dabei sein werden.

Einer vom TATblatt

Schon der Beginn ist entmutigend, sind von den einigen hundert Personen die Hälfte die üblichen Marx-, Stalo-, KP-, Trotzki-Grüppchen, nur gegenüber früheren Gelegenheiten ebenfalls dezimiert. "Wir werden wohl nicht mehr", bringt es ein Teilnehmer kurz vor Abmarsch auf den Punkt.

"Der Frauenblock reiht sich jetzt in die Demo ein", ertönt das Kommando von Heidi A. aus einem Lautsprecherbus und dokumentiert damit, daß sich die KP wieder einmal politische Präsenz mit Geld erkaufen will. Wer gleichzeitig die paar Leute beim Transparent des Gewerkschaftlichen Linksblock gesehen hat, weiß, daß der Erfolg dieser Strategie zu wünschen übrig läßt, und sie trotzdem aussterben.

Lustig geht's bei den diversen MarxistInnen zu. Da erklärt zB. ein Verkäufer der Zeitung "Die Linke" einem offensichtlich Landesunkundigen mit deutschem Akzent, daß seine Gruppe TrotzkistInnen ca. 150 Leute wären, was dieser arglos glaubt. Offensichtlich gehen die anderen 146 jedes Jahr woanders demonstrieren. Peinlich wie immer die Bejubelung des Proletariats, das genauso wie immer durch Abwesenheit glänzt, und die absurden Sprüche von "Klassenkampf macht Dampf", in schönstem Gymnasialdeutsch den werktätigen Massen beim Shopping auf der Mariahilferstraße an den Kopf geworfen.

Den Anlaß EU wahrnehmend nehmen diesmal autonome TierschützerInnen an der Demo teil. Weil es eine friedliche Demo ist, wird die Polizei vollkommen in Ruhe gelassen, während die TierschützerInnen mehrmals angestänkert werden. Einer plärrt angesichts des Transparents "Freiheit für Menschen und Tiere" gutgelaunt "Sozialismus für Mensch und Tier, mehr Schweinsschnitzel" rüber.

Besonders penetrant wie immer: Vorwärts/JRE, wo ein Wichtigtuer nicht nur ständig herumkommandiert und schubst, sondern ihnen auch zuruft, sich "dort vor die hinnichen Tierschützer" aufzustellen. Einer der Tierschützer ist so freundlich, dem Stänkerer mit "Wer ist da hinnich? Gell, ich hab mich nur verhört", worauf dieser schmähstad ist, einen Ausweg zu bieten. Selbstverständlich wird bei den Vorwärts/JRE-Leuten laufend über die Autonomen geschimpft.

Überhaupt ist diese Demo auch ohne Vorwärts eine Anhäufung von Grotesken. Als ein Demoteilnehmer einen Zusammenbruch erleidet, bestehen doch glatt einige Leute darauf, sofort weiterzugehen. Auf dem Weg zum Fortschritt müssen Opfer wohl in Kauf genommen werden. Die Mehrheit bleibt doch stehen, was sich aber kurioserweise doch als Fehler erweist. Denn obwohl die Polizei nach vorne kilometerweit alle Straßen abgesperrt hat und die Zufahrt vollkommen frei ist, kommt der Rettungswagen von hinten und kann nicht durch. Fahrlässigkeit bis dorthinaus, sowohl von der Demoleitung, wie auch von der Polizeileitung, die es doch wohl schaffen müßte, nachdem der ganze Demozug steht, über Funk einen Rettungswagen richtig zum Ort zu leiten.

Am Demoendpunkt sind bereits die Hälfte der TeilnehmerInnen abgehauen, denn bei der Oper, wo nichts und niemand ist, gegen den demonstriert werden könnte, hat die Polizei einen erstklassigen Kessel gebaut, von hinten wird mit dutzenden Polizeifahrzeugen nachgefahren. Auf dem Lautsprecherwagen betet irgendein Vertreter irgendeiner ungarischen "Arbeiterpartei" den üblichen Sermon vom Liberalismus als Übel usw. runter, und dann ist es den meisten endgültig zu kalt, um sich das auch noch zu geben.

Nix ist passiert, die Kummerl-Stalo-Vorwärts-ProletarierInnen haben bis zur nächsten Demo ihre Flugblätter miteinander verglichen und der Polizist, der absurderweise während der ganzen Demo einen Feuerlöscher mitschleppen mußte, darf diesen jetzt abgeben.

★

KÖPI VV wegen Zwangsversteigerung und zur Vorbereitung der Aktionswoche So. 17. 1. 16 Uhr im Großen Saal

Für den Erhalt des autonomen Wohn- und Kulturprojekts KØPI

Das Haus in der Köpenickerstr.wurde im Februar 1990 besetzt und so vor dem Abriß gerettet.
1 Jahr später wurde ein Vorvertrag mit der Wohnungsbaugesellschaft Mitte für das gesamte Grundstück Köpenickerstr. 137/138 abgeschlossen.
Inzwischen bietet das Haus Wohn- und Lebensräume für ca. 40 Erwachsene und Kinder .
Das selbstverwaltete Kulturzentrum bietet vielen Menschen die Möglichkeit sich bei fairen Preisen und verschiedenen Veranstaltungen zu treffen , die Sporträume sstehen kostenlos zur Verfügung .
Seit 1997 befindet sich auf dem angrenzenden Grundstück ein Wagenplatz .

Wir haben in den letzten Jahren unabhängig von Subventionen oder anderen Geldern die Kopi am Leben erhalten . Die meisten Instandsetzungsarbeiten wurden von uns selber durchgeführt , die ständig wechselnden Besitzer investierten kein Geld .

Wir wollen auch weiterhin selbstverwaltet leben - Berlin braucht Alternative Lebensräume

Die Unterstützer fordern :#den Erhalt bezahlbaren Wohnraums -statt teurer Eigentumswohnungen !



#Kultur von Unten statt private Einkaufstempel !

#KØPI muß bleiben ! ! !



Name	Anschrift	Unterschrift

Gegen die Militärdemokratur in der Türkei – Für eine Solidarität jenseits von „*Völkerrecht*" und „*Volk*"

„*Keine Auslieferung der Fregatte an die Türkei! Für eine politische Lösung in Kurdistan!*" war das Motto eine Kleindemo von 160 Leuten am 12. Dezember in der Hamburger Innenstadt. Der Anlaß dieser kurzen Unterbrechung im Weihnachtskaufrausch war die feierliche Übergabe der auf der Hamburger Werft Blohm & Voss für das türkische Militär gefertigten Fregatte „Salihreis". Mit diesem Rüstungsexport auf High-Tech-Niveau bleibt Blohm & Voss der Tradition als Kriegswerft treu, und die türkische Marine freut sich schon. Der zukünftige Kommandant Eser Cimenderoglu erklärte gegenüber der Welt: „Wir haben unsere besten Leute zusammengezogen, um die Salihreis sofort als unser Flaggschiff nutzen zu können." Für die Militärdemokratur ist die Unterstützung durch die NATO und insbesondere durch die BRD kriegsnotwendig: 40 % des Haushaltes der Türkei gehen für militärische Zwecke drauf. Die staatliche Hermes-Kreditanstalt mit Sitz in Hamburg sichert die Finanzierung der Fregatte mit einem günstigen Kredit ab, im Auftrag der Bundesregierung.

Ein guter Grund für linken Protest – wenn nicht in so verquerer Weise dafür argumentiert worden wäre.

Organisiert wurde die Demo vom *Hamburger Forum für Völkerverständigung & weltweite Abrüstung e. V.*, einem Überbleibsel aus der Friedensbewegung der 80er Jahre. Wir riefen zur Demo mit auf.

Den Aufruf konnten wir allerdings nicht unterzeichnen[1]. Auf einen Brief vom 20. November, in dem wir unsere Kritik dargelegt haben, antwortete das *Hamburger Forum* bis heute (20. Dezember) nicht. Unser Vorschlag, dass wir gerne in einer Rubrik „Zur Demo rufen weiterhin auf..." die Aktion unterstützen wollten, wurde ignoriert. Bei der konkreten Forderung – Keine Fregatte an die Militärdemokratur in der Türkei - waren wir mit den OrganisatorInnen einig. In der Begründung gibt es Widersprüche:

[1] Der Aufruf ist dokumentiert in: *Lokalberichte Hamburg* 22/98, LOKALBERICHTE-HH@CL-HH.comlink.de

Die Verabsolutierung von „Recht"

Im Aufruf wird „*Völkerrechtswidrigkeit*" als abstrakte Kategorie benutzt. Das entscheidende Kriterium für Recht/Unrecht sei die Einhaltung/Nichteinhaltung von *Völkerrecht*. Das gipfelt in der Forderung „*Auslieferungsstopp der Fregatte ‚Salihreis' bis die türkische Regierung die Bedingungen eines völkerrechtlichen Zusammenlebens erfüllt!*".

Unklar bleibt dadurch, ob die Militärdemokratur in der Türkei, wenn sie das gesamte geltende *Völkerrecht* einhalten würde, nicht mehr das seit dem Militärputsch 1980 eingesetzte reaktionäre repressive, antikommunistische Regime wäre. Gegen das Protest weiterhin gerechtfertigt und angesagt wäre.

Mit der einfachen Entgegensetzung von *Völkerrecht* und türkischem Militärregime wird der Eindruck erweckt, das *Völkerrecht* sei etwas per se Fortschrittliches und nicht einfach die Festschreibung der Spielregeln für Nationalstaaten im Rahmen des kapitalistischen Weltmarktes. Außerdem suggeriert der Begriff *Völkerrecht* die Illusion einer möglichen „fairen Kriegsführung" – gerade so, als könnten nicht unter Berufung auf die Haager Landkriegskonvention von 1907 staatliche Armeen PartisanInnen ganz *völkerrechtlich* abgesichert im Verhältnis 10 zu 1 (d.h. 10 PartisanInnen pro getöteten Soldaten) hinrichten.

Gerade Wehrmachtssoldaten beriefen sich bei ihrem Vernichtungskrieg gegen die Zivilbevölkerung auf das Völkerrecht.

Die Forderung der „*Einhaltung der Menschenrechtsstandards entsprechend der Mitgliedschaft der Türkei im Europarat*" läßt sich so lesen, als ob diese papierenen Rechte im Rest der Europaratsländer eingehalten würden. Dies gilt ja aber weder für die BRD noch beispielsweise für Spanien, wo bekanntlich Staatsterrorismus und Folterungen von Untersuchungsgefangenen zum staatlichen Ordnungsrepertoire gehören, geschweige denn für Britannien mit seiner Aufstandsbekämpfungsstrategie in Nordirland.

Ist es nicht möglich, Menschenrechte zu fordern ohne sich zum Anhängsel eines fragwürdigen *Völkerrechts* oder des Europarates zu machen?

Das Subjekt *kurdisches Volk*

„Schluss mit dem Krieg in Kurdistan" ist eine dringende und zentrale Forderung, aber warum schließt sich daran nach einem „und" direkt die *„unverzügliche Aufnahme von politischen Verhandlungen mit Vertretern des kurdischen Volkes!"* an? Damit wird *Volk* zu einem realen Subjekt erklärt. Diese Sichtweise liegt auch dem *Völkerrecht* zugrunde, dessen angebliche Subjekte auch *Nationen bzw. Völker* sind. Nun gibt es aus gutem Grund viele Linke, die aus der Kritik von Rassismus und Nation in Deutschland heraus die Kategorien ablehnen, die imaginäre homogene Gemeinschaften vortäuschen. Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse werden vom Begriff *Volk* verschleiert. Wer *Volk* zum Subjekt erklärt, dass er/sie vertreten will, legitimiert damit die eigene Machtpolitik, die damit losgelöst von sozialer Befreiung emanzipatorischen Interessen zuwiderläuft. Mehr dazu steht z. B. in einem Buch, dass wir vor ein paar Monaten veröffentlicht haben.

Das *„Völkerrecht"* - Falle für die *„Volksbefreiung"*

Wie sehr das *Völkerrecht* das Recht der Herrschenden ist, wird deutlich an der Debatte um einen Internationalen Strafgerichtshof, die von der deutschen Außenpolitik forciert wird: Unter der scheinbaren Legitimation *Völker* zu vertreten, wird eine neue Institution zur Absicherung und Aufrechterhaltung der Geschäftsbedingungen des kapitalistischen Weltmarktes Gerichtssitzungen abhalten. Wie sehr internationales Recht ein ideologisches Konstrukt ist, hinter dem ein Gewaltverhältnis verschwinden soll, zeigt sich an der heuchlerischen Ausschlachtung des Ermittlungsverfahrens gegen den Ex-Diktator Chiles, Pinochet. Nachdem Pinochet seine Aufgabe erfüllt hat, die sozialistische Bewegung in Chile mit offener Aufstandsbekämpfung zu unterdrücken, lassen seine früheren Protegés aus Westeuropa ihn jetzt fallen. Er nützt Ihnen jetzt mehr bei ihrem Interesse, gegenüber der Ordnungsmacht USA als Europäische Union mit einem internationalen Strafgerichtshof auftrumpfen zu wollen, in dem die EU internationales Recht mitdefinieren will. In der „Süddeutschen Zeitung" endete der Leitartikel „Öcalan und der Rechtsstaat" vom 25. November mit folgender demagogischen Wendung, die anzeigt, daß *Völkerrecht* eben auch gegen *Volksführer* genutzt werden kann: „Genau deshalb ist ja auch der Plan so wichtig, für alle diese Fälle, für die Pinochets und Öcalans und Karadzics dieser Welt ein Welttribunal zu etablieren, mit eigener Strafprozeßordnung für die internationale Gemeinschaft. Eine der wichtigsten Säulen eines Friedens zwischen den Völkern wäre nämlich genau dieser Versuch..." Die Sozialdemokratische Internationale (SI) begründete die Notwendigkeit eines internationalen Gerichtshofes auf ihrem Ratstreffen am 24. 11. 98 noch mit Pinochet, aber Bundeskanzler Schröder und Schily fordern bereits, dass der PKK-Vorsitzende Öcalan vor diesem neu zu schaffenden internationalen Gerichtshof angeklagt werden soll. Wie leicht Menschenrechtsorganisationen, die sich wie das *Hamburger Forum* ständig auf das *Völkerrecht* beziehen, dabei aufs Glatteis geraten und herrschende internationale Gewaltverhältnisse legitimeren, zeigt *Human Rights Watch:* Diese Menschenrechtsorganisation forderte in einem Brief an den italienischen Ministerpräsidenten D' Alema dazu auf, „Öcalan wegen der Überschreitung der Grenzen im Guerrillakampf zur Verantwortung zu ziehen. Nach Ansicht der Organisation hat die PKK seit 1984 genau 768 außergerichtliche Exekutionen vorgenommen und 360 Zivilisten ermordet. Aktionen, die nach „Human Rights Watch" Teil der ‚offiziellen Politik der PKK' gewesen seien."[2]

Eine linke Kritik an der PKK und Öcalan müßte genau entgegengesetzt argumentieren: Zuerst einmal wäre die Forderung nach einem Bleiberecht für Öcalan wie für alle anderen Flüchtlinge auch die Minimalforderung. Zum zweiten kann es nicht angehen, die PKK für ihre Taten im Guerrillakampf zu bestra-

[2] Cyrus Salimi-Asl: „D' Alema gibt sich empört" in: *junge Welt,* 23. 11. 98

fen, während Militärapparat und Geheimdienste der Türkei überhaupt nicht sanktioniert werden. *Human Rights Watch* macht sich so selbst zum verlängerten Propagandainstrument der Kriegsführung der NATO gegen die PKK. Die unserer Meinung nach notwendige Kritik der PKK kann nicht der bürgerlichen Justiz überlassen werden. Für die Kritik des internationalen Rechts ist es notwendig, die scheinbare Legitimation als Vertreter/Führer von *Völkern* zu demontieren. Das gilt als grundsätzliche Kritik sowohl für die sogenannte *Völkergemeinschaft* und ihre Retter wie Bundeskanzler Schröder als auch für Oppositionelle, die ihre eigene Bedeutung durch die Berufung auf ein *Volksinteresse* aufwerten wollen – wie Öcalan und seine ParteigängerInnen.

Auch wenn die VeranstalterInnen der Demonstration *„Keine Auslieferung der Fregatte an die Türkei! Für eine politische Lösung in Kurdistan!“* eine antiinstitutionelle, antinationale Herangehensweise nicht teilen und deshalb unsere Kritik vielleicht schwer nachvollziehen können – eine Einbeziehung weiterer, linksradikaler Kreise in den Protest gegen den Fregattenbau für die türkische Militärdemokratur hätte ein Verzicht auf den positiven Bezug auf *Volk* sowie das ständige Pochen auf *Völkerrecht* sicher erleichtert. Die Alternative dazu ist, sich als Zielgruppe ein bürgerliches Publikum zu suchen, imaginäre Massen, die an die Rechtschaffenheit von *Völkerrecht* und Europarat glauben und die einen Kampf für legitimer halten, wenn er im Namen eines *Volkes* und nicht im Namen einer sozialen Revolution geführt wird. Es gibt sicher viele Menschen, die so denken – aber ist für die Frieden mehr als die Abwesenheit von kriegerischer Bedrohung, beteiligen die sich an linken Protesten? Am 12.12. jedenfalls nicht – trotz 40 AufruferInnen, darunter die Landesverbände von DKP und PDS sowie Teile der GAL, Friedensgruppen und die Kurdistan-Solidarität. Imaginäre linksdeutsche Massen protestieren nicht. Viele Linke haben sich aus Aktionen gegen den Krieg des türkischen Staates zurückgezogen, weil die kritiklose Unterstützung der nationalistischen Volksbefreiung der PKK zum Dogma erklärt worden ist. Auch die mehrmals wiederholte Rede auf der Demo gegen die Auslieferung der Fregatte kam nicht ohne die Beschwörung „unserer Heimat Kurdistan“ aus.

Für die Demontage der Kriegswerft Blohm & Voss

Völlig ausgeblendet wurde die Kritik an der deutschen Geschichte der Kriegswerft, die im „Schwarzbuch Hamburg - Dritte Welt“ von 1983 dargelegt worden ist: Blohm & Voss begann schon 1892 mit dem Bau großer Kriegsschiffe für den Kampf um die Beherrschung der für die koloniale Ausbeutung wichtigen Weltmeere. Während des I. Weltkrieges baute Blohm & Voss 100 U-Boote, 6 Torpedoboote, sowie 9 schwere Kreuzer und Schlachtschiffe. Für den zweiten Weltkrieg wurden dort 230 U-Boote gebaut. Die U-Bootbunker wurden 1945 gesprengt, aber die Werft leider nicht demontiert. Auch die Hamburger KPD sprach sich etwa 1948 im Bürgerschaftswahlkampf gegen die Demontagemaßnahmen aus, obwohl diese zentraler Bestandteil der alliierten Vereinbarungen zur Entnazifizierung Deutschlands waren. Das totale Rüstungsverbot nach 1945 hinderte die Firma nur ein Jahrzehnt an der Wiederaufnahme der Kriegsproduktion. In den 80er Jahren warb die Werft mit dem Slogan „Wir haben die Erfahrung.“ Mittlerweile ist Blohm & Voss die größte Kriegsschiffwerft der BRD. Daneben wird der Kampfpanzer Leopard II produziert, seit 1982 auch für die Türkei. Wer jetzt meint, die rotgrüne Bundesregierung würde Rüstungsexporte an Diktaturen stoppen, sollte wissen, dass Blohm & Voss in den 70ern unter der Schmidt-Regierung Fregatten für die Militärdiktaturen in Argentinien und Nigeria baute. Begründung des SPD-„Friedenspolitikers“ Egon Bahr damals: Die BRD bräuchte „aus sicherheitspolitischen Gründen“ deutsche Kriegsschiffwerften, die sich mit Exporten finanzieren müßten. Ein Verbot von Rüstungsexport ist nur die halbe Miete: Für Deutschland hatten nach dem 8. Mai 1945 die Alliierten aus gutem Grund den Abbau der Rüstungsindustrie beschlossen, aber nicht konsequent umgesetzt.

Unser erster Text zur Fregattendemo, mit dem wir trotz Kritik zur Demo aufriefen, endete mit den Forde-

rungen: Für einen Protest gegen die Auslieferung der Fregatte „Salihreis" an die Türkei – Schluß mit dem NATO-Krieg in Türkisch-Kurdistan! Gegen die Kriminalisierung von Flüchtlingen und MigrantInnen, Bleiberecht für Öcalan wie für Alle – für offene Grenzen! Für eine Aufhebung des PKK-Verbotes, weil die BRD kein Recht dazu hat, rassistisch ausgegrenzte Minderheiten zu kriminalisieren!

Demo für den Vertreter des kurdischen Volkes

Den von uns kritisierten Demoaufruf des *Hamburger Forums* zum 12.12. unterstützte aus dem linksradikalen Spektrum der *Rote Aufbruch*. Bereits auf der Demonstration gegen die Verhaftung von Öcalan in Rom am 21. November war der *Rote Aufbruch* die einzige erkennbare Gruppe, die sich nicht über Konflikte in der Türkei definiert: Von 5.000 DemonstrantInnen hielten 4.600 Öcalan-Portraits hoch oder hatten den Aufkleber für die von der türkischen Armee ermordete Andrea Wolf in den kurdischen Nationalfarben an der Jacke oder am Mantel. Dahinter lief ein Block verschiedener sich auf die Türkei beziehender Parteien, die *Revolutionäre Vereinigte Einheit Plattform* – 300 Leute, unter anderem die beiden TKP/MLs friedlich nebeneinander. Dahinter folgte der *Rote Aufbruch* mit etwa 100 Leuten. Neben den Plakaten für die Märtyrerin Andrea Wolf[3] klebten im Schanzenviertel im November Plakate vom *Roten Aufbruch*, auf denen neben einem Foto von Apo Öcalan u.a. stand: „Die PKK kämpft für die Interessen des kurdischen Volkes und perspektivisch für eine sozialistische Gesellschaft." Die erste Forderung lautete: „Unterstützt das kurdische Volk!".

Im zentralen Aufruf zur Demo am 21. 11. wurde zustimmend das ZK der PKK zitiert: „Sein Ziel ist nicht das Suchen nach einem sicheren Aufenthaltsort, ein Aufenthaltsort kann für unsere nationale Führung in erster Linie in unserem Land gefunden werden." Nachdem so in vollendeter Form die Forderung nach Asyl oder Bleiberecht umschifft wurde, steht die Versicherung: „Die jetzige Phase beweist, wie sehr das kurdische Volk hinter dem Befreiungskampf der PKK und ihrem Vorsitzenden Abdullah Öcalan steht." Bei den Forderungen am Ende des Flugblattes steht auch nichts von einem Bleiberecht für die Flüchtlinge aus Kurdistan, die keine „Vertreter unseres Volkes" sind – dafür lautet die erste Forderung: „Solidarität mit dem kurdischen Volk in seinem Kampf für Selbstbestimmung und Befreiung!" Und die letzte: „Solidarität mit der PKK!"[4]

Zu einer Politik, die immerzu ein kurdisches Volk beschwört, führt ein kurzer Weg dahin, dieses Volk in seinem Anführer verkörpert zu sehen. Von der Behauptung eines homogenen Volkskörpers hin zum Personenkult um Apo Öcalan führt der gerade Weg einer Ideologie, die keine Abweichung kennt und Kritik nicht akzeptiert. Bei der großen Demonstration am 19. 12. In Bonn gab es Transparente, auf denen stand: „Apo Öcalan ist das Volk – Das Volk lässt sich nicht verbieten".

Märtyrer für das „Volk": Selbstverbrennungen

Die Gleichsetzung von Partei – Volk – Anführer hat sich auf fatale Weise in den zahlreichen Selbstverbrennungen nach der Festnahme von Öcalan im November in Rom gezeigt: „Dagegen (=Krieg der Türkei in Kurdistan) leisten wir weiter entschlossen Widerstand...Und über vierzig Kurden verbrannten sich aus Protest gegen die türkische Politik."[5] Mehr als 40 AktivistInnen und Gefangene aus der PKK nahmen das Symbol wörtlich, das auf den Fahnen der PKK Hammer und Sichel ersetzt hat: Das heilige Feuer. Nachdem Öcalan aufgerufen hatte, mit den

[3] Märtyrerin schreiben wir wegen des Umganges in der BRD mit ihrer Ermordung. Dazu ein Zitat aus einer Rede bei der Gedenkdemo am 14.11. in München: „InternationalistInnen sind Menschen, die begonnen haben aufrecht zu gehen. Sie verbindet ein festes Band aus Völkerfreundschaft und Solidarität, Gerechtigkeitssinn, Wut auf die bestehenden Verhältnisse weltweit und eine fast unvorstellbare Kraft, sich für deren Änderung bis zum Letzten einzusetzen. Sorgen wir gemeinsam dafür, daß Andreas Tod nicht umsonst war...Sehit namirin! Unsere gefallenen RevolutionärInnen sind unsterblich!" Zitiert nach: *Einsatz!- Zeitung für autonome Politik*, Göttingen, 11/98

[4] Dokumentiert in *Lokalberichte Hamburg* Nr. 23/98

[5] Öcalan im Interview mit Ali Özserik: „Unser Sieg ist nahe!" in: *Die Weltwoche* 48/98, 26. 11. 98

Selbstverbrennungen aufzuhören, gab es nur noch vereinzelte Selbstverbrennungen[6]. Dass diese aber ein integraler Bestandteil der politischen Praxis der PKK sind, bekräftigte er wenig später in einem Interview mit der italienischen Zeitung „La Stampa": „Gefragt, ob er eine Auslieferung an Deutschland befürchtet habe, sagte Öcalan: ‚Wenn das geschehen wäre, dann hätte in Deutschland alles passieren können. Mehr als 50 Menschen hätten sich selbst angezündet, Hunderte wären zum Hungerstreik bereit.'"[7]

Wir möchten an dieser Stelle nicht alle katastrophalen Interviewpassagen von Öcalan aus den letzten Wochen auflisten, nur noch zwei Punkte:

„Die Idee des realen Sozialismus – zuerst die Partei, dann der Staat und dann der Mensch – wird aufgegeben."[8] Apo erklärt, wo's langgeht für die ganze PKK, und: Seine Kritik an der Sowjetunion geht nach rechts – er kritisiert die mit dem Personenkult um Stalin verbundene Nationalitätenpolitik nicht wegen der Nationendoktrin, sondern wegen des „Chauvinismus einer großen Nation gegenüber kleinen Völkern" zurück[9]. Das bereits oben zitierte Interview aus der „Weltwoche" 48/98 wurde geführt von Ali Özserik, Journalist bei der „Özgür Politika". Die Antwort auf die letzte Frage konterkarierte unmittelbar antirassistische Politik hierzulande. Wir zitieren sie deshalb vollständig:

Frage an Öcalan: Wie soll Europa auf die kurdischen Flüchtlinge reagieren?

Öcalan: „Die Menschen werden aus politischen Gründen vertrieben. Daher sind sie politische Flüchtlinge. Einige versuchen, daraus wirtschaftlichen Profit zu schlagen. Hier können wir mit Europa zusammenarbeiten. Die Menschen, die sich an uns halten, kommen nicht auf illegale Weise nach Europa. Nur wenn sie wegen des Krieges geflohen sind, sollten sie Asyl erhalten, weil sie politische Flüchtlinge sind. Die Türkei wird dann nicht den Mut haben, die Menschen zu vertreiben, und die Flüchtlinge werden nicht glauben, dass sie in Europa leicht zu Geld kommen. Eine politische Beurteilung des Flüchtlingsproblems ist ebenso wie eine politische Beurteilung des Kurdenproblems eine Herausforderung für Europa." So gesehen ist es kein Zufall, wenn unter den Solidaritätsflugblättern für Öcalan viel von „Bewegungsfreiheit für Abdullah Öcalan" die Rede ist, aber nicht von einem Bleiberecht für Alle.

Wer bejahend von Identität als positiver Kategorie spricht und von einem „Selbstbestimmungsrecht der Völker" ausgeht, untergräbt damit die Grundlage des Antirassismus. Ein Bezug auf „Scholle/Heimat", die ethnopluralistische Kategorie „Volk" führt direkt zum Dogma „jedeR an Ihrem Platz", Das Begriffspaar „Verwurzelte – Vertriebene" steht einem Ansatz, der von den Interessen eingewanderter/geflüchteter Menschen ausgeht, entgegen.

Öcalan hatte den Rassismus gegen kurdische Flüchtlinge in Deutschland bereits früher mit der illegalen Flucht dieser Menschen gerechtfertigt und sich dafür entschuldigt, daß Kurden mit ihren Aktionen „die Gefühle des deutschen Volkes verletzt" hätten. Solange sich PKK und Solibewegung weiterhin auf Kategorien wie Volk und Ethnie beziehen und antirassistische Ansätze nicht zu einem wichtigen Bestandteil ihrer Politik machen, ist eine umfassende Befreiung jenseits von nationalen Identitätszuschreibungen nicht möglich.

Die kritiklose politische Praxis

Des Großteils der Kurdistan-Solidarität trifft sich mit den homogenisierenden Tendenzen des PKK-Befreiungsnationalismus.

Die hiesige Solibewegung zu Kurdistan hat in großen Teilen ein unkritisches Verhältnis zum kurdischen Befreiungskampf: Im Kampf gegen die Repression in Kurdistan und der BRD wird eine eigenständige Einschätzung häufig durch die Übernahme von Durchhalte- und Erfolgspropaganda ersetzt. Trotz der kon-

[6] Zur PKK nach Öcalans Festnahme: „Apo in Roma", von Udo Wolter, in: *jungle world* 47/98; Interview von Udo Wolter mit Martin van Bruinessen: *„Öcalan will in die Rolle Dimitroffs schlüpfen"* in: *jungle world* 50/98

[7] zitiert nach: „Öcalan attackiert Deutschland", in: *Neues Deutschland*, 8.12. 98

[8] Öcalan im Interview, übersetzt von Cyrus Salimi-Asl, in: *junge Welt*, 12.12.98

[9] ebenda

troversen Diskussion der PKK-Politik in den letzten zwei bis drei Jahren scheint es weiterhin möglich zu sein, Soliarbeit zu machen, ohne sich in irgendeiner Form auf diese Kritik zu beziehen. Vielmehr wird die Kritik an der Politik der PKK schlicht als Spaltung durch die Herrschenden interpretiert.

Christiane Böhm vom Kurdistan-Bündnis Mainz im März 1998 dazu: "Wir bieten Informationen über die Situation der Kurden und Kurdinnen in ihrer Heimat an ... Wir erreichen dabei oft eher die normale Bevölkerung als die linken und demokratischen Bewegungen und Organisationen. Das ist ein bundesweites Phänomen."[10]

Die Chance, Kritik aus der Linken aufzugreifen und so eine kritische Solidarität zu fördern, wird vertan: Antinationale, antirassistische wie auch sozialrevolutionäre Ansätze ignoriert.

In dem zitierten Interview wird die Zurückhaltung vieler Linker gegenüber unkritischer Kurdistan-Solidarität nur unter "Spaltung der oppositionellen Bewegungen" verbucht: *Kritik = Spaltung*, mit dieser bekannten Gleichsetzung zeigt sich, dass eine Solidarität von Seiten antinationalistischer KritikerInnen der PKK nicht gewollt ist. Auf dem Autonomiekongreß 1995 in Berlin versuchte die *gruppe t.e.r.z.* aus Marburg eine Kritik an der PKK zur Diskussion zu stellen, was von Leuten aus der Kurdistan-Solidarität abgeblockt wurde. Die *gruppe t.e.r.z.* in ihrer Auswertung dazu: "Ginge es einzig um die Unterdrückung durch den türkischen Staat, die patriarchalen (Familien u.a.) Strukturen, den Großgrundbesitz und das Kapital, so wäre der Widerspruch ‚kurdisch-türkisch' (zumindest in der eigenen Praxis) irrelevant; andersherum verschwinden diese Verhältnisse, treten in den Hintergrund oder werden beliebig austauschbare Beispiele, wenn ein angeblicher (oder von der mächtigen Seite behaupteter) Widerspruch ‚kurdisch-türkisch' zum Thema und zur eigenen Position gemacht wird. Genau diese Entscheidungsfrage zeigt sich, wenn jede kritische Auseinandersetzung von manchen PKK-AktivistInnen mit der Forderung nach 'Solidarität mit dem kurdischen Volk' geradezu erledigt oder für politisch belanglos erklärt wird. Mit diesem Leitgedanken verfängt desweiteren jede Politik für ein staatliches Unterdrückungsverhältnis, welches als ‚Materialisierung' der völkischen Identität begriffen und in einer Parteiorganisierung mit Führerkult, Nivellierung aller Unterdrückungsverhältnisse und einer konsequenten Aufopferungsbereitschaft für die zukünftige Nation vorweggenommen wird." Diese von uns geteilten Positionen einer kritischen Solidarität wurden auf dem Autonomiekongreß brüsk zurückgewiesen von AnhängerInnen einer kritiklosen Solidarität: „Denn hier sollte nicht nachgewiesen werden, wie die konkreten Bedingungen in Kurdistan die Analyse inhaltlich verändern, sondern die Politik der PKK für im Prinzip unangreifbar gemacht werden."[11]

Die einzige innerhalb der Kurdistan-Solidarität diskutierte Kritik dreht sich nicht etwa um die Ausblendung sozialer Widersprüche zwecks Homogenisierung zum Volk, dem der Alleinvertretungsanspruch der PKK auf dieses Volk wie auch der Personenkult um Öçalan entspricht. Vielmehr beschränkt sich die Kritik darauf, dass die PKK der Diplomatie einen zunehmend höheren Stellenwert beimisst als der linksradikalen Soliszene: "Die Kritik vieler deutscher Soligruppen [gilt dem] ... Kurswechsel der PKK in Richtung diplomatischer Bemühungen gegenüber dem deutschen Staat und den damit verbundenen Deals mit Verfassungsschutz, rassistischen Politikern der Regierungsparteien, wie Heinrich Lummer, oder auch den Justizbehörden im Prozeß von Kani Yilmaz"[12]. Das eine auf offizielle internationale Anerkennung und Staatlichkeit ausgerichtete Befreiungsbewegung wie die PKK gar keine Alternative hat im Rahmen einer diplomatischen Logik, zu dieser Erkenntnis kann sich die Kurdistan-Solidarität nicht durchringen: Wäre die Konsequenz doch ein Hinterfragen an der grundsätzlichen Ausrichtung der PKK, wie sie Öcalan in Rom

[10] Interview mit Christiane Böhm: Kein Interesse für die Menschen in Kurdistan?, in: *junge Welt*, 17.3.98

[11] gruppe t.e.r.z.: Tag & Nacht. Anmerkungen zur Debatte um Antiimperialismus und Internationalismus in autonomen Zusammenhängen, in: *links* Nr. 312/313, 5/96.

[12] Udo Wolter: In der Migrantenfalle. Die Antwort auf Rassismus und Antisemitismus kann nicht Identitätspolitik und Soli sein, in: *jungle world* Nr. 13, 25.3.98

so formulierte: „Wir sind aus Ankara herausgegangen und haben die Partei gebildet, wir gingen in den Nahen Osten und wurden zur Armee, nun werden wir auf die Weltbühne treten und zum Staat werden“[13].

Udo Wolter setzte im März 1998 der Entwicklung der PKK und ihrer Soliszene entgegen: "Es dürfte evident sein, dass die bisher in der Solidaritätsarbeit zu nationalen Befreiungsbewegungen wie der PKK anzutreffende Übernahme ethnisch-kultureller Identitätsmuster für eine antirassistische Perspektive nicht trägt."[14]

Die Kurdistan-Solidarität erschwert aber eine solche kritische Solidarität. In einem ähnlichen Muster wie in den 70/80er Jahren bei den *Anti-Imps*[15] mit ihrem Dominanzanspruch auf Solidarität mit den Gefangenen aus der RAF gibt es drei Leitdogmen:

1. Das Monopol in Türkisch-Kurdistan hat die PKK.
2. Es ist Krieg/Repression: Wer die Dominanz der PKK-freundlichen Solidarität infrage stellt und dabei Kritik von links übt, entsolidarisiert sich und nützt der Türkei/NATO.
3. Kritik von rechts an Militanz und Aktionsformen der PKK ist aus Bündnisgründen erlaubt, unantastbarer gemeinsamer Nenner ist das „Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes".

Es ist kein Zufall, daß Teile der *Anti-Imps* sich nach dem Ende der RAF politisch auf die PKK umorientiert haben. Das Monopol PKK-freundlicher Kurdistan-Solidarität plus bürgerlichem Bündnisspektrum mit Sympathien für "unterdrückte Völker" erschwert eine antinationale oder sozialrevolutionäre Solidarität mit den sozialen Kämpfen und gegen den NATO-Krieg in Türkisch-Kurdistan.

Die Informationsstelle Kurdistan in Köln zementiert den Monopolanspruch der PKK, indem sie ihr eine über Kurdistan hinausweisende weltweite Bedeutung zuschreibt: "...stellt die PKK mit ihrer lebendigen sozialistischen Perspektive für das imperialistische Lager eine Gefahr dar. Der Aufbruch der feudalen Herrschaftsstrukturen, vor allem die emanzipatorischen Schritte in dem weltweit am tiefsten verwurzelten Unterdrückungsverhältnis des Mannes gegenüber der Frau, Respekt gegenüber der menschlichen Entwicklung und der Umwelt tragen eine emanzipatorische Kraft in sich, deren Ausstrahlung schon heute neben Europa u.a. die EZLN in Mexiko, Südafrika und den Fernen Osten erreicht hat."[16]. Warum derart Schaum geschlagen wird, wenn es um das reale Problem der Kriminalisierung von zwei Leuten aus der Kurdistan-Solidarität durch den deutschen Staat geht, erschließt sich am Schluß: "Die Linke in Deutschland fordern wir auf, sich an die Seite des kurdischen Befreiungskampfes zu stellen."[17]

Wir haben bei den Diskussionen, die wir im Rahmen der Vorstellung unseres Buches erlebt haben, öfter von Leuten gehört, dass sie gegen den Krieg in Türkisch-Kurdistan und das PKK-Verbot aktiv waren, sich aber zurückgezogen haben, weil sie keinen Platz für ihre eigenen Positionen gesehen haben, eine kritische linke Solidarität nicht erwünscht war. Wir finden es wichtig, dass diese Kritik diskutiert wird.

Mehr zum Thema in unserem Buch:

gruppe demontage:
„Postfordistische Guerrilla – Vom Mythos nationaler Befreiung“
280 Seiten, 29,80 DM,
ISBN 3-928300-77-6,
Unrast Verlag, Juli 98

gruppe demontage,
Postfach 306 132, 20327 Hamburg

[13] „Flucht nach Rom“, in: *Die Woche*, 20. 11.98
[14] Udo Wolter: In der Migrantenfalle, *jungle world* Nr. 13, 25.3.98
[15] *Anti-Imps:* Politisches Spektrum, das sich mit legalen politischen Mitteln an der Solidarität mit den in Isolationshaft gehaltenen Gefangenen aus der RAF orientierte. Vertraten das Konzept der Antiimperialistischen Front, eine politische Paralellität von legalen Gruppen mit der illegalisierten Klein-Guerrilla RAF.

[16] Informationsstelle Kurdistan: Erklärung zu den § 129a-Verfahren gegen InternationalistInnen aus der Kurdistan-Solidarität, in: *Angehörigen-Info* Nr. 205, 20.3.98, e-mail: LOKALBERICHTE-HH@CL-HH.comlink.de
[17] ebenda

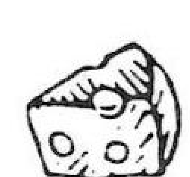


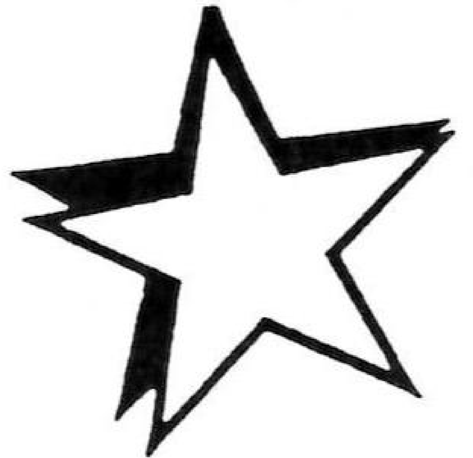
Reaktion auf „I.'s" Brief (Interim Nr 465)- Benennung von pädophilen Tätern in der „Szene"

Wütend hat mich der Brief von „I." zum „Fall A." gemacht. Ich weiß nicht wie und wo ich anfangen soll, aber als erstes hab ich gedacht: Es ist mal wieder typisch , mit dem Täter wird sich solidarisiert, der „arme" Täter, der „geoutet" wird , wo er doch noch so mutig ist und zu seinem „Begehren" steht Kinder mißbrauchen zu wollen. Es wird geguckt, wie es dem Täter mit der Situation jetzt geht. Kein Wort darüber was die sexualisierte Gewalt, die A. einem Kind angetan hat, auslöst.
Wenn ein Mensch einem (5-jährigen!) Kind sexualisierte Gewalt antut, so ist das ein Angriff auf die Existenz des Kindes! Es gibt viele Überlebende, die die brutalen Grenzverletzungen und deren Folgen nicht überleben! Es gibt viele Überlebende, die ein Leben lang mit den Folgen des „Mißbrauchs" zu kämpfen haben, die sich z.B. andauernd selbstverletzen/zerstören wollen. Und es ist gesellschaftliche Realität, daß fast immer dem Täter geglaubt wird, dem Kind nicht, was wiederum viel Verzweiflung, Isolation, Selbstmord(gedanken) auslösen kann.



Es macht mich sauer, daß „I." das was passiert ist, in frage stellt, relativiert.Dies drückt sich auch in der Sprache aus, die er/sie benutzt: „Aber was hat er(A.) eigentlich wirklich getan?" oder „Hat A. B. mißbraucht?".
Nur Überlebende selbst können die Grenzverletzungen, die sie erfahren, „definieren" und benennen! Es gibt keine gleichberechtigte (sexuelle) Beziehungen zwischen Erwachsenen und Kindern!
Täter öffentlich zu benennen hat nix mit „stigmatisieren" oder „Jagdfieber" zu tun, sondern bedeutet: Hier wird eine Form von Gewalt öffentlich/sichtbar gemacht und von dem Täter gefordert, daß er sich ändert, sich damit auseinandersetzt. Das öffentlichmachen von sexualisierter Gewalt ist auch wichtig, weil diese meistens im verborgenen „passiert", weil sexualisierte Gewalt nur existieren kann, weil über sie nicht gesprochen werden darf (um die Täter zu schützen). Außerdem können sich dadurch Frauen und Kinder vor dem Täter schützen. Und es werden pädophile Strukturen aufgemacht. Sexualisierte Gewalt zu bekämpfen, heißt sie u.a. auch zu benennen.
Und dann weiter bei „I.": „Nach meinem Gefühl hat A. eine Grenzüberschreitung zugelassen (und damit selbst eine Grenze überschritten), die er im Interesse des Kindes besser verhindert hätte".
Diese Formulierung hört sich für mich so an als läge die Verantwortung viel bei dem Kind. Auch hier werden Täter zu Opfern, Opfer zu Tätern gemacht (nach dem Motto: Eigentlich hat das Kind das doch gewollt und da kann sich doch der arme Täter nicht zurückhalten).
Bei einem „Mißbrauchsverhältnis" zwischen einem Mann und einem Kind gibt es immer ein Machtgefälle zugunsten des Erwachsenen und deshalb liegt die Verantwortung IMMER bei dem Erwachsenen, also bei A. Auch wenn ein Kind „sexuelle Handlungen"(sexualisierte Gewalt) einfordern würde, liegt die Verantwortung immer noch bei dem Erwachsenen, daß zu verhindern und zB. zu gucken warum das Kind sich so verhält. Oft verhalten sich auch Kinder, die mißbraucht worden sind „sexuell auffällig"(ich weiß gerade leider keine bessere Formulierung), weil sie z.B. denken daß das der einzige Weg ist, Aufmerksamkeit/Nähe zu bekommen. Das auszunutzen wäre fatal.
Viel zu oft wurden kleine Kinder zu TäterInnen gemacht. weil sie „hilflosen" Männer „verführen" würden. Das ist eine gefährliche Lüge, die Tatsachen verdreht!
Wenn sich „A." jahrelang mit seinen Täterseiten auseinandergesetzt hat, dann finde ich es ein bißchen wenig, wenn er sagt, daß er immer noch ein „Begehren" spürt(übrigens ein sehr verharmlosendes Wort). Klar ist das ehrlich und Auseinandersetzung heißt für mich auch nicht, „ wir tun alle so als würden wir sowas nicht denken". Also ich erwarte von A., daß er sich als Täter bezeichnet, daß er z.B. in seiner eigenen Geschichte „guckt" woher diese





Gefühle kommen, Kinder mißbrauchen/Grenzen überschreiten zu wollen. Und ich erwarte, daß er sich von Kindern fernhält, solange er nicht das Gefühl hat, das „Problem" unter Kontolle bzw. verarbeitet zu haben. Ich will, daß er sich klarmacht was sexualisierte Gewalt bei Überlebenden auslöst, ehrlich versucht Gefühle dazu zuzulassen, sich Unterstützung (z.B. in einer Therapie) holt, wenn er merkt,daß er wieder Grenzen überschreiten will.
Grenzenüberschreiten ist ein patriachales Verhaltensmuster von uns Männern, um unsere angeknackste „Macht" , unser gesellschaftliches Rollenbild (das wir oft nicht erfüllen können) durch (z.B. sexualisierte) Gewalt wiederherzustellen. Und das alles, damit wir unsere eigene Ohnmacht, Verletzungen (z.B. eigene Mißbrauchserfahrungen als Kind), Gefühle, sog.„Schwächen" etc nicht spüren müssen! Aber genau das sollten wir tun, wenn wir uns auseinandersetzen! Und dafür gibt es Möglichkeiten (Männagruppen, Selbsthilfe/Therapie-Gruppen,MännaRadikalTherapie, Einzeltherapie....).
Gerade diese Gedanken (Grenzen überschreiten wollen) müssen raus aus den Köpfen, aus dem Privatem und das sollten wir Männa in Männagruppen aussprechen und daran arbeiten, immer wieder.
Ich stimme mit „I." überein, daß Kinder sehr oft von Erwachsenen nicht ernst- und wahrgenommen werden und dauernd berührt werden ohne überhaupt gefragt zu werden oder daß Erwachsene vorher gucken ob die Kids das überhaupt wollen. Das ist für mich auch eine Form von Grenzenüberschreiten.
Für mich beinhaltet eine Auseinandersetzung mit sexualisierter Gewalt auch eine klare Absage von dieser. Das ist eine Grundlage für Auseindersetzung, weil ich dadurch die Perspektive festlege von der ich mich auseindersetzen will. Das finde ich sehr wichtig. Und das heißt nicht, daß ich Widersprüche in mir (und davon gibt es superviele), schlucken/wegpacken muß, ganz im Gegenteil.
So das reicht erstmal. Meine Gefühle beim schreiben: Angst nicht verstanden zu werden, daß mich Leute angreifen, Wut, daß soviel Täterschutz in der Szene „unterwegs" ist, obwohl ich das kopfmäßig schon klarhabe, enttäuscht, daß die redaktion nix dazu geschrieben hat, tut gut was gegen die Ohnmacht zu schreiben, überfordert, will noch mehr schreiben, kann aber nicht mehr, Angst daß das nicht abgedruckt wird.....
Ich schreibe mit der Wut und Verzweiflung eines Kindes das selbst sexualsierte Gewalt erleben mußte und ich schreibe mit der Unsicherheit, den Schuldgefühlen eines Typen, der selber Grenzen überschritten hat.
Wann wird Überlebenden endlich geglaubt, wann werden Überlebende endlich ernstgenommen???!!!
Wann ändern wir unsere Täterschutzpersektive?

TATZE

Göttingen, 26. 12. 1998

Liebe Leute !

Leider waren wir etwas voreilig, als wir die Erklärungen für den Prozeß wegen der göttinger Drucksache verschickt haben. Am 23. 12. nämlich flatterte den Angeklagten eine Mitteilung ins Haus, nach der das Verfahren eingestellt ist. Leider haben sie bemerkt, daß das Verfahren nach dem Presserecht schon lange verjährt ist. Schade, denn das sollte eigentlich der Clou der Hauptverhandlung werden.

was bleibt ?

Natürlich freuen sich die Beschuldigten darüber, sich nicht mehr mit diesem Prozeßscheiß auseinandersetzen zu müssen. Und auch der UnterstützerInnenkreis ist froh, nicht noch einmal einen solchen Kraftakt aufbringen zu müssen.

Trotz einzelner Freudengefühle bleibt jedoch festzuhalten:

➲ in den Akten zum Verfahren wegen „Verstoß gegen des Presserecht" werden die Betroffenen bereits als „Verantwortliche für die redaktionelle Herstellung" geführt. Auch wenn sie das Verfahren jetzt einstellen mußten, steht zu befürchten, daß die Betroffenen auch weiterhin als „verdächtig" gelten. Insofern ist nicht davon auszugehen, daß die Strafverfolgungsbehörden ihre Finger von den acht ehemals Beschuldigten lassen, wenn es darum geht, unliebsame Inhalte der göttinger Drucksache zu kriminalisieren.

➲ dies gilt auch für die Kriminalisierung anderer Bereiche, wie es das (bisher) letzte § 129a - Verfahren in Göttingen gezeigt hat. Insofern müssen die Betroffenen fürchten, für jedes bißchen, das die Strafverfolgungsbehörden in einen - wie auch immer gearteten - Zusammenhang mit der göttinger Drucksache bringen, wieder belangt zu werden

Wir bleiben bei unseren Forderungen:

➲ Weg mit §§ 129/a !

➲Weg mit Ermittlungen gegen die göttinger Drucksache - für eine freie unkontrollierte linke Presse !

➲Schluß mit der Gesinnungsschnüffelei - weg mit dem Zivilen Streifenkommando (ZSK) !

UnterstützerInnenkreis der göttinger Drucksache

am **16. Januar 1999** um **22.00 Uhr** findet im Übrigen der traditionelle „göttinger Presseball" im JuZI, Bürgerstr. 41, in Göttingen statt. Es wäre nett, wenn ihr das ankündigen könntet.

weiterhin wird Anfang Januar 1999 die neue Solicassette für die göttinger Drucksache erscheinen: „warte nicht auf bessere Zeiten - vol 2". Es gibt noch viele Möglichkeiten, die göttinger Drucksache auch weiterhin zu unterstützen.



Vom Elend der Welt (Pierre Bourdieu) und Umkämpften Räumen (Schwarze Risse)

oder

Warum nicht gleich Eure Bücher und Zeitschriften in einem linken Buchladen kaufen? Bevor es zu spät ist...

Der Buchladen Schwarze Risse im Kreuzberger Mehringhof ist seit 1984 Teil der linken Öffentlichkeit und Infrastruktur in der Stadt. Wir sind immer noch ein selbstverwaltetes Kollektiv mit dem Anspruch, politische Theorie und Praxis sinnvoll miteinander zu verknüpfen. Seit einigen Jahren verlegen wir zusammen mit dem Buchladen Rote Straße (Göttingen) und dem Verlag Libertäre Assoziation (Hamburg) selbst Bücher, die wir für eine linkes Geschichtsbewußtsein und aktuelle politische Diskussion für wichtig erachten. Und natürlich lesen wir gerne selbst und schätzen Bücher, die oftmals weder auf Bestsellerlisten noch in den großen Läden und Kaufhausketten zu finden sind.

In unserem Laden in der Nähe vom U-Bahnhof Mehringdamm bieten wir Euch vieles, wonach Ihr woanders tatsächlich lange suchen müßt:

- **Ein gut sortiertes Angebot zu den Themen: Feministische Theorie und Praxis, neue soziale Bewegungen, linke Geschichte, Kritische Theorie, Nationalsozialismus, politische Ökonomie, Stadtentwicklung, Sozialpolitik, Popkultur, Anarchismus, Antifaschismus, Flucht und Migration Trikont, Ökologie und vieles mehr.**
- **Biographien. Krimis. Belletristik. Neben deutschsprachiger, europäischer und amerikanischer Literatur verfügen wir über eine große Auswahl von Literatur aus Afrika, Lateinamerika, Asien und dem arabischen Raum.**
- **Mehr als 80 linke Zeitschriften und Broschüren, die ihr am Kiosk nicht kaufen könnt.**

Bei uns erfahrt Ihr außerdem, wann Veranstaltungen stattfinden, hier könnt Ihr Busfahrkarten für die nächste Demonstration außerhalb Berlins kaufen, Material für Euren Büchertisch bekommen, Flugblätter auslegen oder auch einfach nur einen Blick in die wichtigsten Neuerscheinungen werfen. Aber auch wir sind auf Eure Unterstützung angewiesen.
Die Zeiten – das brauchen wir nicht lange zu erklären – sind härter geworden. Für die meisten von Euch, aber auch für uns. Wenn wir weiter wie bisher und vielleicht noch besser als zuvor, unseren Aufgaben als linkes Projekt nachkommen wollen, müssen mehr Leute unser Angebot in Anspruch nehmen. Das heißt ganz konkret: Kommt und kauft Eure Bücher und Zeitschriften weiterhin bei uns. Empfehlt uns Euren Freunden und FreundInnen, Bekannten und Verwandten. Und solltet Ihr irgend etwas brauchen, was wir nicht im Laden haben, seien es Fach- oder Schulbücher, das Kochbuch oder der Bildband zum Verschenken: Innerhalb von 24 Stunden sind auch bei uns die meisten Titel lieferbar. Bevor es zu spät ist ...

Kontrollen auch ohne Verdacht möglich

Auf eine Verschärfung des Polizeigesetzes haben sich Innensenator Eckart Werthebach und die Fraktionen von CDU und SPD im Abgeordnetenhaus geeinigt. Bei den Änderungen – ein Beschluß steht noch aus – geht es beispielsweise um eine lageabhängige Kontrolle von Personen und Fahrzeugen – auch unabhängig von einem konkreten Verdacht auf eine Straftat. Kontrollen sind nach begründetem Anlaß „aufgrund einer bestimmten Lage, zu einer bestimmten Zeit und an einem bestimmten Ort" möglich, wie der innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Hans-Georg Lorenz, erläuterte. Danach kann die Polizei „vorläufige Aufenthaltsverbote" an bestimmten Plätzen etwa gegen einzelne, namentlich bekannte Rauschgiftdealer, Drogenkuriere oder auch Hütchenspieler aussprechen. Nach Hinweisen etwa, daß international tätige Einbrecherbanden aktiv werden wollen, kann kontrolliert werden. Eine Video-Überwachung bestimmter Orte, wie Breitscheid- oder Alexanderplatz – zunächst von der CDU gewünscht – wird es nicht geben. Wolfgang Wieland von den Bündnisgrünen bezeichnete ein Aufenthaltsverbot als unwirksam. Es führe nur zu einem Verdrängungseffekt. **cvl**



Wer braucht den Männerrundbrief?

Die Männerrundbrief (MRB)- Redaktion aus Hamburg hat ihre Arbeit am MRB eingestellt. In ihrem letzen MRB Nr.11 im Juli '98 sind die Gründe dafür nachlesbar. Nach längerer Auseinandersetzung haben wir uns nun entschlossen, den MRB weiter zu machen.
Wir, das sind Männer aus verschiedenen autonomen Zusammenhängen aus Münster, die alle Interesse, aber nicht total viel Zeit und Kraft für dieses Projekt haben. Deswegen werden wir auch erstmal nur eine Ausgabe machen und uns dann entschließen, ob wir weiter machen oder nicht.
Diese Ausgabe könnte im Februar/ März erscheinen und den Titel haben: ***Wer braucht den Männerrundbrief? - Eindrücke der linksradikalen Männerbewegung.*** Der Schwerpunkt ist also orientiert an der Realität der Auseinandersetzung von Männern in der Szene. Wir begreifen das Ganze auch als eine Art Test, einmal, um besser einschätzen zu können, was es uns tatsächlich an Nerv, Auseinandersetzung und Energie kostet, eine Ausgabe zu gestalten und herzustellen, andererseits, um herauszufinden, was euch denn an einer solchen Zeitschrift liegt, in der Auseinandersetzungen geführt werden können, ein bundesweiter Austausch über Standpunkte, Aktionen, Theorien und Lebensrealitäten stattfinden könnte, die die Möglichkeiten bieten kann, neue Anstöße zu bekommen und sich weiter zu entwickeln. Also: Welchen Sinn es hat, in diesen Zeiten den MRB aufrechtzuerhalten und neu zu gestalten? Auch gemessen an euren Reaktionen auf diesen Artikel werden wir uns die Frage stellen müssen, ob wir unsere Kraft nicht sinnvoller einsetzen könnten.
Wir freuen uns über Reaktionen, über Artikel zum Schwerpunkt, oder was ihr sonst im MRB veröffentlichen wollt, über Anerkennung, über Kritik, über Bestellungen, Abowünsche und Spenden (bar, Scheck oder Briefmarken).

Redaktion Männerrundbrief
c/o Infoladen Bankrott
Dahlweg 64
48153 Münster

JWP „MittenDrin“ e.V.

Postfach 8,
16812 Neuruppin

August - Bebel - Str. 17
16816 Neuruppin

Telefon: MittenDrin 03391/650966

(schriftlich immer ans Postfach!!!)

Jeden Mittwoch und Donnerstag gibt´s vegane VoKü. Freitags immer Süppchen oder/und Sandwiches.
Mittwoch (Beginn immer 20.00 Uhr)ist immer Veranstaltungstagvom „Projekt drosophia melanogaster“ (Projekt Fruchtfliege). PDM ist ein mehr kulturell-literarisches Projekt.Donnerstags (Beginn immer 19.00 Uhr) gibt´s politische Filme, Doku´s, Diskussionsrunden, Diavorträge usw.

Mi 6.Januar ´99 : PDM - „Scheiße zu Gold“ - praktische Anleitungen zur Herstellung von Möbeln u.a. Einrichtungsgegenständen

Do 7.Januar ´99 : Film „Einberufungen“ und Nachbereitung des Seminars zur Totalverweigerung

Mi 13.Januar´99 : PDM - Film „1984“

Do 14.Januar´99 : Film - „Juristische Körper-Corporate Identy Projekts“ Was bedeutet ein Leben ohne Paß? - Wer ist wann, warum „illegal“???

Mi 20.Januar´99 : PDM - „Kontrovers und Konstruktiv“ Projekt Fruchtfliege stellt sich der Kritik

Do 21.Januar´99 : Info-Veranstaltung über und mit Leuten von „EMEK-Solidarität e.V.“ Verein zur Förderung der Medien- und Pressefreiheit in der Türkei

Mi 27.Januar´99: PDM - Lesung mit D.Thierauf - „Anfang bedeutet das Ende des Alten“

Do 28.Januar bis Fr 5.Februar, täglich von 14.00 bis 20.00 Uhr Ausstellung „Abschiebehaft in Sachsen“ vom Flüchtlingsrat e.V. Leipzig
tägl. 19.00 Film: „Hinter Gittern“ Doku über den 30 Millionen DM Abschiebeknast in Büren

Do 28.Januar´99: Ausstellungseröffnung (19.00 Uhr) mit Vertretern der „Initiative gegen Abschiebehaft Berlin“ + Film „Hinter Gittern“

MittenDrin - Statt nur dabei !!!



antisexistisches handeln organisieren!

Im Anschluß an die Veranstaltungen zu „Männlichkeit, Subjektivität und Politik“ gab es am 20.12. ein offenes Treffen zu möglichen neuen Ansätzen antipatriarchaler Politik.
Weitere Treffen werden an jedem dritten Sonntag im Monat um 19:30 im EX stattfinden.
Sie gehen auf eine Initiative von Männern zurück; eingeladen sind jedoch keineswegs nur Männer, sondern alle, die sich als linksradikal und feministisch bzw. profeministisch verstehen. Oder sich vielleicht gerne so verstehen würden.
Am 17.1. sollen, wie am 20.12., Themen, Interessen und Motivationen gesammelt werden. Darüberhinaus werden sich Leute zusammentun, um AGs bzw. Themen fürs nächste Mal vorzubereiten.
Grundsätzlich soll es auf diesen Treffen möglich sein, über alltägliches Handeln und persönliche Veränderung, wie über politische Aktion und gesellschaftstheoretische Analyse zu sprechen.
Das Treffen am 21. Februar soll etwas größer und besser strukturiert werden als die bisherigen, daher auch die Ankündigung die Ihr gerade lest.
Hier die provisorische Themenliste (Stand 20.12.):

- *Organisierung. Identitätspolitik.*
- *Kampagne, wozu, warum, für wen, mit wem?*
- *antisexistischer Antifaschismus? Faschismus und Männlichkeit.*
- *antisexistischer Internationalismus? Geschlecht und Globalisierung.*
- *MRT. Therapie und Politik. Start einer neuen MRT-Gruppe?*
- *Linke Väter. Männer, Kinder und Politik.*
- *„Lustige praktische Sachen“.*
- *Das Unbewußte des Politischen. Aufarbeiten der Diskussionsveranstaltungen.*
- *Weitere Diskussionsveranstaltungen? Zu: Kritik der politischen Sexualität; Rassismus, Identität, Geschlecht; Rationalismus & Irrationalismus im kapitalistischen Patriarchat;*

■

Kommt alle und bringt eure Themen ein!



Im Anschluß an die Veranstaltungen zu „Männlichkeit, Subjektivität und Politik" gibt es am Sonntag den 20.12. um 19:30 im EX ein offenes Treffen zu möglichen neuen Ansätzen antipatriarchaler Politik. Weitere Treffen werden an jedem dritten Sonntag im Monat um dieselbe Zeit im EX stattfinden. Die nächsten Termine sind der 17.1. und 21.2.99.

januar



sonntag 10.1.
FrauenLesbenTag
ab 12°° Frühstücksbuffet
ab 19°° leckeres warmes Essen!

samstag 16.1.
Jetzt erst recht!
die zweite Runde fängt am 18.1. an
wir bereiten uns vor
„Pinochet muß vor Gericht!"
ab 20°° **Solidaritätsparty**
mit Infostand, Diaprogramm,
live Musik
anschließend: Musik aus der Dose
mit DJ Diego & DJ Pepe

sonntag 17.1.
19.30 offenes Treffen zu
neuen Ansätzen antipatriarchaler
Politik

samstag 23.1.
ab 21°°
FrauenLesbenSoliFete
für den Notruf für vergewaltigte Frauen und Mädchen
mit verschiedenen DJanes

sonntag 24.1.
FrauenLesbenTag
ab 12°° Frühstücksbuffet
Ladies' Tauschtraum trifft sich
ab 19°° leckeres warmes Essen

Veranstaltungs-/Konzert-/Party-/Anfragen
jeden Mittwoch 17-19°° im EX
Anfragen für den Lautsprecherwagen
jeden Freitag 19-20°° im EX

Öffnungszeiten:
Montag ab 18°°
Dienstag - Freitag ab 12°°
Samstag/Sonntag je nach Veranstaltung

Dienstag bis Freitag
von 12.30 bis 14.30
täglich wechselnde warme
Gerichte aus überwiegend
biologisch-angebauten Zutaten.

EX
im Mehringhof
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin-Kreuzberg

Veranstaltung der Antifaschistischen Liste der FU (c/o AStA-FU) mit Micha Brumlik, Hermann L. Gremliza und Lars Rensmann
20.1.99 im Henry Ford Bau der FU
vorraussichtlich um 18.00 Uhr

GALERIE OLGA BENARIO
FORUM GEGEN NEOFASCHISMUS SEXISMUS RASSISMUS UND IMPERIALISMUS

Deutsche in der Résistance

Eine Ausstellung der DRAFD -
Verband Deutscher in der Résistance,
in den Streitkräften der Antihitlerkoalition und
der Bewegung „Freies Deutschland" e.V.

vom 15.Januar bis 31.März 1999

Frankreich gehört zu den Ländern, denen im bewaffneten Kampf gegen das faschistische Deutschland besondere Bedeutung zukommt. Das betrifft den Beitrag, den die französische Résistance bzw. Armee zur Befreiung Frankreichs vor der faschistischen Okkupation leistete. Das gilt aber auch insbesondere für die Teilnahme Deutscher an diesem Kampf. In Frankreich kämpften mit der Waffe mehr Deutsche gegen den deutschen Faschismus als in anderen okkupierten Ländern.

Veranstaltungsprogramm Teil I:
alle Veranstaltungen beginnen um 19.30 h

Fr. 15.1. **Ausstellungseröffnung** durch **Ernst Melis** (Vorsitzender der DRAFD) und mit Szenen aus dem Film **„Le Bal"** und dem Lied **„La Chant des Partisans"** von Yes Montand.

Mo. 18.1. **„In der Résistance - zwischen Atlantik und Mittelmeer"**, Referent: **Dr. sc. Herbert Mayer**, Historiker u. Autor des gleichnamigen Kapitels im Buch „Im Bunde mit dem Feind".

Do. 21.1 Gespräch mit **Ella Rumpf**, die, von der Gestapo steckbrieflich gesucht, mit falschen Papieren von 1942 - 1945 auf einem Bauernhof, der der Résistance auch als illegaler Stützpunkt und Versteck für Waffen und Munitionsvorräte diente, lebte.

Mo. 25.1. **„Das Auge von Vichy"**, aus deutsch-französischen Wochenschauen und Filmen, August 1940 - 1944, Dokfilm Claude Chabrol, Frankreich 1992, 111 Minuten.

Do. 28.1. **Gerhard Leo**, der im Auftrage der deutschen Widerstandsbewegung als Dolmetscher in einer deutschen Kommandantur arbeitete, um wertvolle Informationen für die Résistance zu erfahren und weiterzugeben, liest aus seinem Buch **„Frühzug nach Toulouse"**.

Do. 4.2. **„Die Zeit der Einsamkeit"**, nach Stephan Hermlin, DDR1984, 90 Minuten.

Mo. 8.2. **„Das Schweigen des Meeres"**, Verfilmung einer französischen Novelle, die die Wandlung eines deutschen Offiziers durch seine Konfrontation mit dem schweigenden zivilen Widerstand einer französischen Familie zeigt, Frankreich 1949, OmU, 80 Min., Regie Jean-Pierre Melville.

Do. 11.2. **„Schienenschlacht"**, Chronik des Kampfes der französischen Eisenbahner in Dokumentarsequenzen und Spielfilmszenen, Frankreich 1945, OmU, 85 Minuten.

Mo. 15.2. **„Der Zug"**, Résistance verhindert Kunstraub der Nazis, USA/Fr./Ital.1964, 127 Minuten.

GALERIE OLGA BENARIO, Weserstr.5, 12047 Berlin, U-Bhf. Hermannplatz, Eingang Restaurant ORLANDO, geöffnet So - Fr 18 bis 24. Info 3270 2289/6241767 Da wir keine öffentlichen Zuschüsse erhalten sind einmalige oder monatliche Spenden ausdrücklich für unsere weitere Arbeit erwünscht: Postbank Berlin Konto 70539-107, BLZ 10010010. Danke!!!

neu

ehemalige Mitarbeiter der radikal

zum 13.06. dem Davor & Danach

EHEMALIGE MITARBEITER DER radikal

Hallo und Guten Tag !

13.6.95: wer kann sich noch an den Versuch des Staates erinnern die links-radikale Zeitung 'radi' zu beerdigen? Im Rahmen der Solidaritätsarbeit mit den Betroffenen und dem Projekt insgesamt gab es eine ganze Menge an Fragen, Problemen und Schwierigkeiten. Oftmals damit begründet, daß es sich bei der 'radi' um ein verdeckt arbeitendes Projekt handelt und öffentlich keine Antworten gegeben werden können.
Nach der Einstellung der Verfahren unternehmen Ehemalige und Personen aus der Soli-Bewegung den abschließenden Versuch die vielen Fragezeichen, Enttäuschungen und Schwierigkeiten zu benennen und Antworten zu geben. Dieses ist möglich, weil dabei auch die internen Verhältnisse des Projektes beleuchtet werden können.
Insgesamt stellt die neue Broschüre den Versuch dar hinter die Kulissen zu gucken und insbesondere NachahmungstäterInnen eine Einblick in die internen Strukturen mit ihren Schwächen zu geben, wie sie sich aus der Sicht einiger dargestellt haben.

Zu Bestellen über:

Einzelexempl. 3 DM plus 1,50 DM Porto
Bis 5 Exempl. je 2,50 DM plus Porto (je nach Gewicht)
10 Exempl. und mehr 2,50 DM incl. Porto
(wir begrüßen Vorkasse, Preis soll Unkosten decken)

Informationsdienst Schleswig-Holstein
KIELER STR. 93
24534 NEUMÜNSTER

Oder im Infoladen/Buchhandel eures Vertrauens erhältlich !



Der neue "telegraph" ist da!

Kolumne: [illegible]; **NowOsti;** **Brauner Osten:** [illegible] **Internationales:** [illegible]; **Armeerundschau:** [illegible]; **Netz und Kritik:** [illegible]; **Mediales:** [illegible]; **Echo**

Der "telegraph" ist zu erhalten in vielen Info- und Buchläden oder direkt über: "telegraph", Schliemannstr. 23, 10437 Berlin



„... das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines anderen wegen, von diesem nicht feindselig behandelt zu werden..."



- to cross the border 1999 -
Bilder, Zeitungsausschnitte, Diskussionen
eine Nachbereitung zum Grenzcamp bei Görlitz 1998

Vertrieb: c/o Forschungsgesellschaft, Flucht und Migration Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin, fon.: 030/693 56 70; Lieferung gegen Briefmarken o. Vorkasse: Berliner Sparkasse; BLZ 100 500 00; Kto.-Nr. 61 00 24 264

Wir lassen Euch nicht im Regen stehen!

Auch weiterhin stellen wir ReferentInnen und informieren über:
- neofaschistische Organisationen
- die Neue Rechte
Naziskins, Sekten, etc.

Aber:

Wir brauchen dringend Geld!

UNTERSTÜTZT UNS DURCH SPENDEN, FÖRDERMITGLIEDSCHAFTEN UND DIE ZUSENDUNG VON INFORMATIONEN.

ANTIFASCHISTISCHES PRESSEARCHIV UND BILDUNGSZENTRUM BERLIN E.V.
FALCKENSTEINSTR. 46 – 10997 BERLIN
TEL.: 030/6116249
GEÖFFNET DO: 17.00 – 20.00 UHR
KTO.: 0670017787 BLZ: 100 500 00
SPARKASSE BERLIN

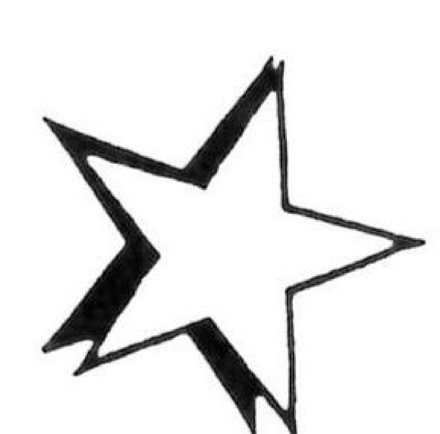


Monat für Monat neu ...

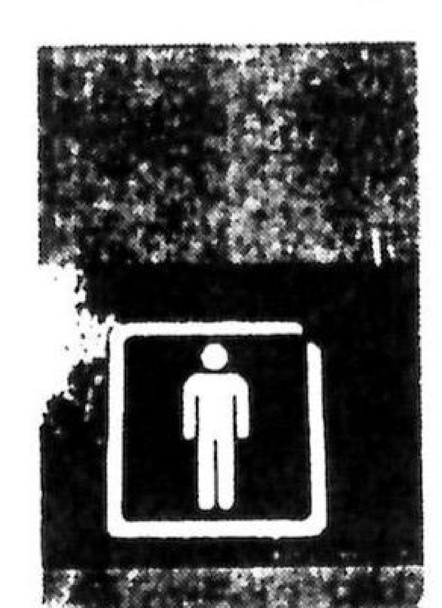
- Fotos
- Berichte
- Analysen
- Meinungen
- Diskussionen
- Hintergründe

... für fünf Marken

zu bestellen:
aaa-Vertrieb
Helgenstockstr. 15
35394 Giessen
0641 - 49 13 90
Rabatt für Wiederverkauf)



Männerkalender 1999



Neben seinem ganz praktischen Nutzen als schöner und übersichtlicher Planungshelfer versammelt der Männerkalender 1999 Texte und Bilder, Anmerkungen und Daten, die Euch Männer anregen können, Euer „Mannsein" mit Lebensfreude, Energie und Umsicht selbst zu formen.

256 S., 12.80 DM, ISBN 3-928300-84-9

Im Buchhandel und Infoladen, oder bei uns:
UNRAST Verlag
Postfach 8020 – 48043 Münster
Tel (0251) 666293 — Fax 666120

Information

Weil es in letzter Zeit öfter Nachfragen nach Adressen von antifaschistischen Gruppen in Magdeburg gab, möchten wir hiermit noch einmal bekanntgeben, wo in Magdeburg AntifaschistInnen zu erreichen sind:

Arbeitskreis Antifaschismus
c/o BlaueWeltArchiv
Uhland-Straße 8
39108 Magdeburg

Tel.: 0171/ 32 81 068
Fax.: 0391/ 73 48 642

Über die gleiche Adresse (allerdings nicht Telefonnummer!) sind auch die Freie Antifaschistische Jugend FAJ, das Cafe "Centrum" und natürlich das BlaueWeltArchiv selbst zu erreichen.




nicht zermalmen lassen...
ea
ermittlungsausschuß
der ea braucht geld
Das heißt, er braucht eure Spenden.
Ob ihr als WG in Form eines Dauerauftrages monatlich einen Betrag überweist,
oder du eine Erbschaft gemacht hast und nicht weißt, wohin mit dem Geld,
oder ob ihr als Gruppe einen Teil des Ertrages eurer Soli-Party spendet.
egal wie, egal wieviel, schon kleine Spenden helfen.
692 22 22